

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Fleiß und Gewissenhaftigkeit sind nötig, wenn die heutige, erste Zählung unserer Arbeitslosen gelingen soll!

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reform lebhafter Streit. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plane, die drei jetzt vorhandenen Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Nach dem Programm der im Oktober vorigen Jahres abgehaltenen Konferenzen im Reichsamte des Innern zu schließen, will die Regierung die Bureauftragung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so „erfolgreich“ begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen. Allerdings haben diese Konferenzen ein ganz anderes Ergebnis gehabt, als die Regierung von ihnen erwartete und erhoffte.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgegengetreten. Und wenn man den Meinungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Widerstand vor einer Erweiterung des Machtbereiches der staatlichen Bureauftragung innerhalb der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch die gegenwärtigen Rechte der Selbstverwaltung gesichert wären, so könnte das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich aufs Neue, daß die Arbeiterversicherung, namentlich die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da als segensreich erweisen, wo ihrem Betätigungsbereich nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gezogen sind. Eine vollständige Reform müßte daher auch auf eine Erweiterung und Vervollkommnung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte.

Wie wenig die Regierung geneigt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung der spottniedrigen Invalidenrenten zuzugestehen, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten dem Reichstage vorgelegt wurde. Um den Gedanken eines Ausbaues der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vornherein ins Keime zu erstickern, befürwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine Sonderversicherung der Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch der Regierung und den mit diesem Plane ebenfalls liebäugelnden Parteien beweisen, daß sich die Arbeiterschaft durch solche offenbar recht staatsmännisch klug sein sollende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht abbringen lassen wird. Sie wird vielmehr die ihr zugegedachten Benachteiligungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die den Privatangestellten ge-

machten Zugeständnisse für die Gesamtheit der Arbeiterklasse (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch genommen werden.

Das Leitmotiv für die Einführung der Invalidenversicherung, wie der Arbeiterversicherung überhaupt, war bekanntlich nicht nur eine Verbesserung der Armenpflege, sondern die Arbeiter sollten auch zufrieden gemacht werden. Diese Aufgabe „staatserkaltender Politik“ wurde jedoch so mangelhaft erfüllt, daß die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Namentlich die Mäglichkeit der Invalidenrenten bewies, wie gering die besitzende Klasse die Existenz des Arbeiters schätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente auf M. 142,54 jährlich. 1907 war der Durchschnittswert auf M. 166,04 jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das Ansteigen der Löhne erfolgende Versicherung in einer höheren Beitragsklasse. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrages betrug 1900 22,55 M und stieg bis zum Jahre 1906 auf 24,46 M . Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I (bis M. 350 Jahresverdienst) 18,09 Beiträge entfielen, kamen im Jahre 1906 nur noch 12,7 pZt. der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentanteil in Klasse II von 34,2 auf 29 gefallen, dagegen in Klasse III von 23,8 auf 24,4 pZt., in Klasse IV von 15,8 auf 18,3 pZt. und in Klasse V von 7,3 auf 15,6 pZt. gestiegen.

Haben aber schon die Lohn erhöhungen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohn erhöhungen erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die indirekten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von M. 10,62 auf M. 25,52 jährlich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angestiegen. Eine Familie mit vier Kindern hat daher etwa M. 153 jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekten Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Kein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung zufriedener zu machen.

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorbeugende Heilverfahren. Krankheiten verhüten, ist tausendmal wertvoller als Krankheiten heilen. Im § 13 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befugnis eingeräumt, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Befugnissen keinen Gebrauch! Während der Kostenaufwand für das vorbeugende Heilverfahren sich im Jahre 1902 auf M. 251,92 und 1903 auf M. 263,83 pro Person belief, sank die Ausgabe hierfür seitdem ständig. Sie betrug 1906 nur noch M. 249,10 pro Person. Insgesamt wurden 1906 rund 16,6 Millionen Mark, 1907 dagegen nur noch rund 15,1 Millionen Mark für das Heilverfahren aufgewendet. Noch engherziger, wie mit

der Einleitung des Heilverfahrens, sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Biel doch die Zahl der bewilligten Renten von 150 209 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1906 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparmaßnahme. Das zeigen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamteinnahme sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 mehr als 226 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen bezifferte sich 1900 auf 847 Millionen Mark, 1907 auf 1404 Millionen Mark. Der Ueberschuß des Jahres 1907 bezifferte sich auf 85,5 Millionen Mark. Am Schlusse des Jahres 1908 werden etwa rund 1 1/2 Milliarden Mark an Vermögen angesammelt sein. Diese unjünnige Anhäufung von Millionen und aber Millionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden Hunger leiden, das ist eines der traurigsten Kapitel unserer Sozialreform.

Die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherung paßt so vorzüglich in den Rahmen unserer preussisch-deutschen Regierungsmaximen, daß man es verstehen kann, wenn die Regierung nichts sehnlicher wünscht, als die gesamte Arbeiterversicherung in dieses Schema hineinzupressen. Mit abgängigen, bürokratisch gebilligten Beamten hofft sie besser auszukommen als mit den rückgratigsten Vertretern der Versicherten.

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Wollendung stehenden Bestrebungen der Regierenden in Deutschland die ganze Wucht ihrer Agitation, ihres politischen Einflusses entgegensetzen. Sie muß die verfrühten Rückwärtsbewegungen der Arbeiterversicherung durch eine kraftvolle Agitation beantwortet, die getragen wird von der Forderung einer wirksamen und vollständigen Fortentwicklung der Arbeiterversicherung.

Wird im Baugewerbe gepusht?

Es ist kein Geheimnis, daß nicht von jedermann und selbst von den tüchtigsten Menschen nicht jederzeit durch gute Arbeit geleistet wird. In allen Gewerben und Unternehmungen kommt es hin und wieder vor, daß ein Werk oder ein Teil eines Stückes mißlingt, daß etwas „berpusht“ wird; teils wegen Mängel des Materials und der betrieblichen Einrichtungen, teils aus Unbermuten oder gelegentlicher Unachtsamkeit der Arbeiter. Werden solche mißlungenen Produkte als gute Ware in den Handel gebracht oder dem Besteller übergeben, so tritt zu der Puscherei der Betrug, ganz gleich, ob die Absicht des Betrages die Erzielung des Pusches gewesen ist oder ob er die unbeabsichtigte, nur einer gewissen Mollage entsprungene Folge der ungewollten Puscherei ist. Die Bezeichnung „Puscherei“ wird aber auch angewendet auf Arbeitsmethoden und Materialien, die offensichtlich minderwertig sind, wobei also der Käufer nicht notwendigerweise getäuscht werden braucht; man denke an das weite Absatzgebiet der sogenannten Ramschwäre.

Solcher „Pusch“, wo sich schlechtes Material und schlechte Arbeitsausführung die Wage halten, wird auch im Baugewerbe geleistet. Meistens sieht man dies den Bauwerken auf den ersten Blick an, sie sollen auch nur als das gelten was sie sind; rühmlich ist es aber weber für den Bauherrn auch für die Bauleute, solche Produkte in die Welt zu setzen. In vielen Fällen werden aber auch die Mängel des Bauwerks, die absichtliche Puscherei, durch

den Auspruch für die erste Zeit bedeckt, um dem Käufer oder Mieter solide, wenn nicht „erflaffige“ Gebäude vorzutücken. Diese, von Bauherren und Unternehmern gewollte unzulässige und betrügerische Bauweise bleibt natürlich nicht ohne Einwirkung auf die Arbeiter. Wäre Beispiele verderben bekanntlich gute Sitten. Und bei vielen, gar zu vielen, ist nicht einmal etwas zu verderben, weil sie beim „Murks“ groß geworden sind. Es ist gewiß anzunehmen, daß trotz der im ganzen ungenügenden Lehre, die große Mehrzahl der Bauhandwerker von den „Regeln der Baukunst“ doch so viel in sich aufnimmt, um unterscheiden zu können, was reelle Arbeit und was Murks ist; wenn sie aber dann — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — an den gefangenen unfolilden Bauten arbeiten müssen und gar zu liebreicher Arbeit angetrieben werden, dann wird die Puscherei, der Murks, leicht zur Gewohnheit und auch auf solche Bauten übertragen, wo einwandfreie Arbeit verlangt wird. Daß das Akkordsystem die Puscherei begünstigt, ist eine so bekannte Tatsache, daß es genügt, diesen Umstand hier im Vorbeigehen zu erwähnen.

Welches sind nun die Merkmale der Puscherei im Baugewerbe? Für die Ausführung von Bauwerken bestehen festumschriebene Regeln: die allgemeinen Regeln der Baukunst, wonach die Standfestigkeit und Tragfähigkeit der einzelnen Teile wie des Ganzen vor Beginn der Ausführung berechnet werden müssen. Diese Regeln soll sowohl der Architekt oder Ingenieur bei der Konstruktion als auch der Maurer, Zimmerer u. d. bei der praktischen Ausführung des Bauwerks beachten; denn Fehler des einen oder des anderen können das ganze Werk gefährden und seinen Zusammenbruch herbeiführen. Macht der Architekt grobe Fehler bei der Konstruktion, so sind vielleicht das beste Material und die tüchtigste Arbeit vergebens aufgewendet, und umgekehrt kann die beste Konstruktion zu schanden werden an schlechtem oder ungeeignetem Material und lüderlicher Arbeit. Die Konstruktion kann nur für unsere Betrachtung auscheiden, denn sie hat der Maurer u. nicht zu vertreten; er kann ihre Richtigkeit in der Regel nicht nachprüfen, und das verlangt auch niemand von ihm. Der Maurer muß über eine Voraussetzung der Konstruktion erfüllen: er hat die Mauern in regelrechtem Verbande in sich selbst und miteinander stucht und lotrecht hochzuführen. Das ist so etwas Selbstverständliches, daß man annehmen könnte, jeder Maurer müßte es wissen. Ob sie es wissen — darüber wollen wir in diesem Zusammenhang keine Untersuchung anstellen; daß sie diese Regeln aber häufig nicht befolgen, ist gewiß. Kein Praktiker wird bestreiten können, daß schon in den Fundamenten gepusht wird, obwohl gerade der Fuß des Gebäudes, der ja die ganze Last aufzunehmen hat, mit äußerster Sorgfalt hergestellt werden müßte. Namentlich dort, wo die Fundamente aus rauhen Bruchsteinen oder Findlingen hergestellt werden, wird in bezug auf den Verband und das sichere Lager der Steine außerordentlich viel gefündigt. Wer kennt nicht die „Schweden“ und „Tiroler“ und die sehr fragwürdigen „Wüder“, wie viele „Klamotten“, die alles andere, nur keine Lagerfläche haben, werden in die Mauerfille ohne Mörtel verpackt! Wenn nicht das feste Erdreich das Fundament unterstützen würde, würde es häufig von der Last der darauf errichteten Mauern auseinander gedrückt werden; Risse in den aufsteigenden Mauern zeigen aber genötigst an, wo der Grund des Schadens zu suchen ist.

Dem freistehenden Mauern steht man ihre Kranktheit zum Teil von außen an, meistens wird aber die Puscherei im Innern durch eine glatte, vollgültige Außenseite verdeckt. Regel ist, daß bei Ziegelmauerwerk die Lagerfugen durch die ganze Mauer wagherad verlaufen und die Stoßfugen der gleichen und korrespondierenden Schichten lotrecht übereinander stehen. Nun würde es an Bedanterie grenzen, wollte man verlangen, daß diese Regel bis auf den Strich erfüllt werde; das kann man nur mit erflaffigen und scharf fortiereten Verblendern machen. Auf sehr vielen Bauten wird aber diese Regel des sichtbaren Verbandes so wenig befolgt, daß von einem Verband überhaupt nicht mehr geredet werden kann. Das mag in den wenigsten Fällen der Standfestigkeit der Mauern schaden, aber Puscherei ist es doch; und diese Luddigkeit im sichtbaren Verband läßt mit Sicherheit auf viel schlimmere Fehler im Innern der Mauer schließen. Die sichtbare Stoßfuge zwischen zwei Ziegeln soll winkelfrecht zur Mauerflucht die ganze Breite der Mauer durchschneiden; diese „Schnittfuge“ ist eine der Grundregeln des Ziegelverbandes, aber befolgt wird sie so wenig, daß man annehmen möchte, sie hätte gar keine Bedeutung und wäre deshalb in Vergessenheit geraten. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Nur die möglichst strenge Durchführung der mit jeder Schicht wechselnden, die Mitte des unteren Binders treffende Schnittfuge gewährleistet einen guten Verband, dessen die Mauer bedarf. Was aber in dieser Hinsicht gepusht wird, ist geradezu greulich.

Die Fugen sollen so bemessen sein, nicht zu stark, aber doch stark genug, daß jeder Stein ein richtiges Mörtelbett hat; alle Fugen sollen wie gepreßt voller Mörtel sein. Das kann geschah durch quetschbares Mauerwerk oder durch das Ausgießen der fertigen Schicht mittels flüssigen Mörtels. Wo wird das gemacht? Wollte man die Bauten

auf die Befolgung dieser Regel, auf die innere Dichtigkeit, untersuchen, man würde finden, daß die gefährliche Puscherei einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Um die erforderliche Festigkeit der Mauer zu erzielen, ist es notwendig, daß die Steine, insbesondere die Ziegel, vor dem Vermauern gehörig angefeuchtet werden, damit sie sich mit dem Mörtel verbinden und dieser die nötige Bindkraft entfalten kann; ein weiteres Bedingnis ist, daß der Mörtel die richtige Konsistenz hat und aus Bestandteilen zusammengesetzt wird, daß er auch bindungsfähig ist. Wird nun in praxi so verfahren? Ach nein! Was gegen diese Regel der Baukunst gesündigt wird, geht auf keine Kuhhaut. Die Ziegel werden trocken, mit Staub behaftet, ja, noch heiß vom Ofen her, „vermauert“; der Mörtel ist sehr häufig ein so fragwürdiges Gemisch, daß weder ein gut aussehendes noch ein festes Mauerwerk zusammenzubringen ist.

Wir könnten noch vieles anführen, was als Puscherei angesehen ist; teils Schönheitsfehler, teils grobe Verstöße gegen die konstruktiven Regeln. Beim Verbaun der Säulen, der Bogen, der in den Mauern eingebauten Schornsteinrohre, beim Vermauern der Balken und Eisenträger wird allzu häufig ein höher oder sehr grob gepusht. Eine schlimme Art der Puscherei ist das „Kammern“ von Steinen, wenn es mit dem Lot versehen ist. Auch die Puscherei, innen und außen, kann manche Puscherei, hinsichtlich des Materials und der Arbeit, aufweisen; und auch hier sind es nicht immer nur Schönheitsfehler, sondern durch regelwidrige Puscherei können auch Menschenleben in Gefahr gebracht werden. Und so geht es fort durch alle Branden und alle Spezialitäten.

Wer ist nun schuld an diesem unelblichen und beschämenden Zustand? Sind die Arbeiter allein oder hauptsächlich für die Puscherei verantwortlich, oder ist das Schuldkonto der Bauherren, Architekten und Unternehmer noch weit größer? Diese Fragen werden wir in einem späteren Artikel eingehend zu beantworten versuchen. Für heute möchten wir nur sagen, daß wir die Arbeiter durchaus nicht freizusprechen vermögen, ohne aber damit andeuten zu wollen, daß die Unternehmer u. weniger belastet sind.

In Anlehnung an die vorstehend behandelte Puscherei im Baugewerbe müssen wir noch einige Worte speziell an das „Zentralblatt“ für das deutsche Baugewerbe, Organ des Berliner Unternehmerverbandes, richten. Gegen Schluß des vorigen Jahres hatte das „Zentralblatt“ Gutachten einiger Architekten, Baumeister und anderer am Bauwesen beteiligten, Herren veröffentlicht, die dazun sollten, daß einerseits in Berlin im allgemeinen solide gebaut werde, und daß andererseits die Arbeitsfreudigkeit und damit die quantitative Leistung der baugewerblichen Arbeiter, besonders der Maurer, stark zurückgegangen sei. Die Arbeitsfreudigkeit könne nach Meinung der Gutachter nur mittels weitestgehender Durchführung des Akkordsystems gehoben werden.

Diese Darstellung der Berliner baulichen Verhältnisse wird von unseren Kollegen hart bestritten; sie haben oft, als Antwort auf die erwähnten Gutachten in einer Artikelserie im „Grundstein“, nachgewiesen, daß die Gutachten der „Baumeister“ den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Es wird in Berlin genau so, wenn nicht in höherem Grade, gepusht, wie in anderen großen Städten, wo das Produkt der Bauhandwerker gewissermaßen eine Marktware geworden ist. Und zum anderen ist die quantitative Arbeitsleistung in Berlin die überall gestiegen, Weides steht in enger Verbindung und Wechselwirkung.

Dieser Nachweis unserer Kollegen hat nun das „Zentralblatt“ in große Betrübniß versetzt, die aber nicht das erste Stadium einer Philippika gegen die Puscherei und Wühlerei auf den Bauten ist, sondern als Klage über die „unverständigen, verkehrten Arbeiter, die das eigene Nest beschmutzen“, zum Ausdruck kommt. Das „Zentralblatt“ schreibt in einem Rühbildartikel zu Beginn d. J. in der beregten Sache das Folgende:

„Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften diese Gelegenheit (die Veröffentlichung der Gutachten) benutzen würden, ihre Mißgun zu treiben, haben wir vorausgesehen, daß sie aber so, wie es z. B. der „Grundstein“ in einigen Auslassungen tat, ihr eigenes Nest beschmutzen würden, hatten wir nicht erwartet. Die Art der Behandlung der Frage entsetzt uns jeder weiteren Erwiderung. Der Unbefangene, der diese Artikel des „Grundstein“ liest, schiltet nur den Kopf und fragt sich, wie es möglich ist, daß Arbeiter, die so urteilen, überhaupt noch als Berufsgeoffenen gelten können. Nein — wir nehmen unsere Arbeiter in Schutz gegen diese Art Genossen —, so schlimm ist es nicht, so tief ist das Handwerk noch nicht gesunken, daß man krafllose Ausnahmefälle, gegen die niemand stärker zu Felde zieht als die organisierte, ordentliche und solide Arbeiterbewegung, so gewissenlos verallgemeinern dürfte. In unserer Umfrage wurde den Arbeitern im Grunde das Zeugnis ausgestellt, daß sie tüchtig und arbeitsam seien, daß nur infolge politischer Vererbung die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung zum Nachlassen neige, der „Grundstein“ aber stellt es so dar, als ob überhaupt keine gute Arbeit mehr geleistet würde, weil der Arbeiter daran gebindert werde, und weil er sie zum Teil gänzlich verlernt habe. Wir wollen es nicht widerlegen, weil es zu absurd ist. Im Grunde hoffen wir uns die Arbeiterparteien gegen die großen Hemmungen der Ge-

lungung unserer Bauverhältnisse und müssen wieder erkennen, daß die politischen Tendenzen der Sozialdemokratie einer Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer prinzipiell entgegenstehen.“

Sobiel Torheit und Unwahrscheinlichkeit, wie hier in wenigen Zeilen über die Arbeiter zusammengewirmt ist, haben wir dem „Zentralblatt“ nimmer zugetraut. Als einen großen Mangel an journalistischer Ehrlichkeit müssen wir es zunächst hinstellen, daß das „Zentralblatt“ seinen Lesern reinweg gar nichts von dem mitteilt, was im „Grundstein“ geschrieben worden ist, worauf sich die Polemik gegen die Gutachter des „Zentralblatt“ aufbaut. Und doch hätte dies in wenigen Sätzen; ohne große Auszüge zu reproduzieren, geschehen können. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch die Artikelserie des „Grundstein“ die Behauptung: 1. Die als Gutachter aufgetretenen Baumeister u. sind nicht kompetent, ein Urteil über die Ausführung der Berliner Bauarbeiten abzugeben, da sie nur einen sehr geringen Bruchteil der Arbeiten, und auch den nicht gründlich genug, kennen. 2. Sie kennen oder würdigen die Ursachen nicht, die zu den besagten Mängeln Veranlassung geführt haben, und sie bringen deshalb 8. falsche Mittel in Vorschlag, eine Gesundung des Baugewerbes herbeizuführen. — Das ist das mindeste, was das „Zentralblatt“ seinen Lesern hätte mitteilen müssen, um den Boden zu einer Polemik gegen uns zu schaffen. Statt dessen greift das „Zentralblatt“ den „Beschmutzen des eigenen Nests“ und von „gewissenloser Verallgemeinerung“. Der eine Einwurf ist so albern, wie die andere unwahr ist. Beschmutzen die Herren „Baumeister“ vielleicht auch das eigene Nest, wenn sie jahraus, jahrein über die „unfolilden“, „unwürdigen“ und „unwürdigen“ Elemente im Handwerk lamentieren und die Einführung des „Beschmutzungsmaßes“ — nur nicht für sich — verlangen? Und haben etwa auch die Gutachter des „Zentralblatt“ gewissenlos verallgemeinert mit ihrer Behauptung: „Die Arbeitsleistung und auch die Arbeitsfreudigkeit der Bauarbeiter hat gegen frühere Zeiten erheblich abgenommen?“ — In den Artikeln des „Grundstein“ ist durchaus angeführt worden, daß auch in Berlin reell gearbeitet wird, daß sich aber die bewußte oder unbewußte Puscherei auf viele, ja leider allzu viele Bauten erstreckt. Und hat denn das „Zentralblatt“ völlig übersehen, wie einer seiner Gutachter urteilt? Es ist dies Baurat Schliepmann, der das folgende sagt:

„In jedem Beruf sind unwürdige Elemente, und das freilich, jedoch unter der Händigkeit des Kapitals stehende Bauunternehmern im Zusammenhang mit unfernen Bodenverhältnissen und unseren Lohnstärken mit unfernen Reaktionsfähigkeit immer mehr dahin gedrängt werden, die letzte Möglichkeit des Gewinnes, der doch auch meist der einzige Lebenstrieb dieser Herren ist, aus mehr oder weniger gefählichen Erparnissen und aus Ueberlastungen herauszuquetschen. Hier treibt ein Keil den anderen, und dem gebeten Bauunternehmer wird es besonders schwer, neben dem raffinierten und deshalb erfolgreicheren Kollegen etwas zu bestehen. Oft genug gibt alle die mehr oder minder scharfe polizeiliche Kontrolle der Bauten den Maßstab für die Güte der Ausführung und der Werkstoffe. Kann sonst der Wille der Unfolildität bei Spekulationsbauten, namentlich an der Peripherie der Stadt, nicht gelegnet werden, so trifft doch die allgemeinen Verhältnisse, die milde Konkurrenz, die mangelhafte Vorbildung der „Baumeister“ von eigenen Gnaden, das Kreditwesen und die Unsicherheit aller Konjunktur die Hauptschuld.“

Was dieser Herr auf Grund langjähriger amtlicher Tätigkeit erfahren hat — diese Erfahrung reicht jedenfalls weit über die verhältnismäßig geringe Anzahl der eigenen Bauten der übrigen Gutachter weit hinaus —, das haben unsere Berichterstatter in hunderten von Fällen an sich selbst und ihren Kollegen erlebt und in den Berichten zum Teil mit drastischen Beispielen belegt. Und das nennt das „Zentralblatt“ „gewissenlose Verallgemeinerung“. Auf der gleichen Stufe steht das Gerübe des „Zentralblatt“ von der politischen Tendenz der Sozialdemokratie, die Gesundung der Bauverhältnisse zu hindern. Wenn sich die Redaktion des „Zentralblatt“ nur ein weniges bemühen wollte, die Tendenz der Sozialdemokratie kennen zu lernen, würde sie bald gewahr werden, daß ihre jetzige Auffassung völlig abwegig ist.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage: Zustimmungen und Nichtzustimmungen; Debatte über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gefängnis mit den gewerblichen Arbeitern; Interpellationen, betreffend das Reichsvereinsgesetz. — Aus dem preussischen Reichstagsparlament: Fürst Bismarck will Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie; die geplante Kaffierung sozialdemokratischer Mandate; ein Steuerprojekt der Zunker. — Wahlrechtsfrage und Wahlrechtskampf in Sachsen. — Protestkongreß der Tabakarbeiter gegen die geplante Zablsteuer.

An den ersten zwei Tagen der verfloffenen Woche wurde im Reichstage die zweite Beratung des Gesetzes für die Reichsjustizverwaltung erledigt. Die so überaus reformbedürftige Rechtspflege erfährt mancherlei Kritik. Besonders von sozialdemokratischer Seite. Der Abgeordnete Heinemann ging mit ihr sehr gründlich und scharf ins Gericht. Er legte u. a. dar, daß die Revision des Strafgesetzbuchs, wie die Regierung sie projektion hat, dem Begriffe der Reform in den meisten Punkten nicht entspricht. Seines Ausführungen wurden durch die

seiner Fraktionsgenossen Dr. Fraatz ergänzt, der an sehr drastischen Beispielen bewies, daß die Justiz tatsächlich eine Klassenjustiz ist, die hauptsächlich als Waffe gegen die Arbeiterbewegung gebraucht wird, so z. B. in der Frage des Boykotts.

Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurde nur weniges vorgebracht, was uns der Bedeutung wert erscheint. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Junz verbreitete sich über die Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Er wünscht eine solche Regelung und tabelte, daß frühere Reichsgerichtsurteile im tarifrechtlichen Sinne gefällig seien. Allerdings beim gemeinen das Reichsgericht ein tarifrechtlicher Haltung einzunehmen, aber eine gesetzliche Regelung bleibe doch notwendig. Ebenso notwendig sei die Verleihung der Reichsgerichtsbarkeit der Berufsvereine. Das ganze wirtschaftliche Leben der Gegenwart wird beherrscht von den großen Verbänden die Erwerbung der Reichsgerichtsbarkeit erschweren, namentlich sollte die Regelung der Frage nicht durch Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reichsjustizamt und dem Reichsamt des Innern verzögert werden. Wir meinen, die reichsgesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens und die Verleihung der Reichsgerichtsbarkeit unterstehe besser, wenn sie so erfolgen sollen, wie reaktionäre Politiker es wünschen, nämlich, um der Arbeiterorganisationen Gehör anzulegen. Staatssekretär Dr. Nieberding erklärte u. a., die Frage der Tarifverträge werde im Reichsamt des Innern beraten, daß sei ein Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Betriebsräte in Aussicht genommen.

Wittwoh, den 20. Januar, gelangte folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung: Die verbundenen Regierungern zu erwidern, dem Reichsamt baldigt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Vertragswesen der in landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeitgeber in ähnlicher Weise geregelt wird, wie insbesondere:

1. alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gewerbe wegen Nichtantritt oder wegen Verlassens des Arbeitsverhältnisses oder wegen Vertragsverletzungen, Ungehorsams oder Unpünktlichkeit, wegen Verabredung und Vereinnahmung zum Besten der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder gegen Aufforderung zu solchen Verabredungen enthalten, aufheben;
2. den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gewerbe das Recht gewährt, für die Wahrnehmung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen, und diesen Vereinigungen das Recht einzuräumen, öffentliche und Vereinsversammlungen zur Erörterung und Bewusstseinsbildung über alle den Beruf und den Stand der Mitglieder betreffenden Angelegenheiten mit Einschluß einer Einwirkung auf die Gesetzgebung und die Verwaltung zu veranstalten;
3. eine reichsgesetzliche Krankenversicherung für das Gewerbe und die ländlichen Arbeiter einzuführen;
4. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf die gesetzliche Gleichberechtigung fordern.

Dieser Antrag wurde vom Abgeordneten Stadtrat von Braunshausen unter drastischer Schilderung der Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter und des Gewerbes begründet. Die für diese geltenden zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen schäderte der Redner als längst veraltet, der modernen Rechtsordnung geradezu Hohn sprechend. Die ländliche Arbeiterschaft und das Gewerbe ist nahezu schrankenlos Willkür des Arbeitsvertrags, das Gewerbe sogar noch einem Mißhandlungsrecht überantwortet.

Die Wortführer der bürgerlichen Parteien nahmen zu dem sozialdemokratischen Antrage eine unterschiedliche Stellung ein. Der nationalliberale Abgeordnete Klehe, ein Landwirt, will für seine Person, vielleicht in eine Aufhebung des Koalitionsverbots einwilligen. Auch die Einbeordnungen können preisgegeben werden. Die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die reichsgesetzliche Krankenversicherung halte auch seine Fraktion für nötig. Aber von einer Beschränkung der Dauer der Arbeitszeit könne in Aussicht auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse keine Rede sein. Uebrigens stellte dieser Redner die Lage der ländlichen Arbeiter als sehr gut hin. Er sagte u. a.: Die Wohnungen auf dem Lande werden immer luxuriöser. Jetzt bekommt schon jede Wohnung eine eigene Küche! Bald gibt es auch ein Wasserlosettl! Und das soll 'luguriös' sein?

Die Polen ließen durch ihren Redner, Abgeordneten v. Miellanski, erklären, daß sie für den Antrag stimmen würden. Es sei eine absolute Förderung der Gerechtigkeit, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewerblichen gleichgestellt werden. Auch der freiminnige Abgeordnete Gahleitner sprach sich im allgemeinen für den sozialdemokratischen Antrag aus. Das Zentrum will, nach den Ausführungen des Abgeordneten Gerold, die vorliegende Materie ebenfalls reichsgesetzlich geregelt wissen, aber dabei 'sehr vorsichtig' vorgehen. Die wirtschaftliche Vereinigung (Antikemiten) will eine 'unbedingte' Koalitionsfreiheit den ländlichen Arbeitern nicht zugestehen, auch keine Regelung der Arbeitsdauer und, auch nicht, die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung, so wie der sozialdemokratische Antrag sie fordert; die Bundesstaaten sollen eine heftige Verärgerung empfinden. Den durchaus absonderlichen, extrem reaktionären Standpunkt der Agrarier und Konservern vertrat der Abgeordnete Dr. Sahm. Unter keinen Umständen ein Koalitionsrecht

für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Auch den Bergarbeitern und Seeleuten müsse im Interesse der Allgemeinheit das Koalitionsrecht bestrahlt werden. Für die Krankenversicherung müsse die Landesgesetzgebung eingreifen. Dabei hatte der Agrarierpartei wohl hauptsächlich das preußische Dreiklassenparlament im Auge, wo die Konservern die Majorität haben, also die Materie regeln können, wie es ihnen paßt.

Die Reichstagsfraktionen vom 21. bis 23. Januar waren der Besprechung der Interpellationen der Sozialdemokraten und der Polen, betreffend die polizeiliche Handhabung des Reichsberufsgewerks, gewidmet. Der Abgeordnete Wreh begründete in zweifelhäufiger Rede die sozialdemokratische Interpellation an der Hand eines reichen Materials dafür, daß die polizeiliche Handhabung in vielen Fällen den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen das Vereinsrecht willkürlich bestrahlt und unterdrückt hat. Die Polizei diktiert und schneidet gewerkschaftliche Organisationen, sogar Gewerkschaftsstellen dadurch, daß sie erklärt, sie seien politische Organisationen. Der Abgeordnete Wreh sagte in seiner Begründung der Interpellation der Polen, daß man besonders auch die politischen Gewerkschaften schikanieren.

In seiner Verantwortung der Interpellationen ging der Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg auf die am Vereinsgesetz selbst geübte Kritik nicht ein. Die vorgebrachten Fälle mißbräuchlicher polizeilicher Handhabung des Gesetzes verwarf er teils zu einschüßigen, teils zu rechtfertigen. Die politischen Berufsvereine seien national-politische, also politische Organisationen. Das hätten selbst die Organe der deutschen Bergarbeiter bzw. deren Führer zugegeben. Nach der Ansicht des Staatssekretärs müssen die politischen Berufsvereine als politische behandelt werden. Uebrigens seien die Reichsregierung und die Bundesregierungen befreit von jeder noch nicht, dahin zu wirken, daß das Gesetz, nach jeder Richtung hin einwandfrei und loyal gehandhabt werde. Die Ausführungen des Staatssekretärs wurden von dem zweiten sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Ledebour, sehr energisch und lebhaft bestritten. Ledebour hielt auch eine Anrechnung mit den Wölperteilen, die dafür verantwortlich sind, daß in das Gesetz nicht Bestimmungen aufgenommen wurden, die die polizeiliche Willkür verhindern könnten.

Im preussischen Dreiklassenparlament hielt am 19. Januar anlässlich der Etatsberatung der Ministerpräsident Fürst Hilow eine spekulative Sensationsrede. Er verwarf auf die Junter einzuwirken, daß sie ablassen von ihrer Opposition gegen das dem Reichstage zur Entschcheidung vorliegende Spidowske Nachfolgeprojekt. Um diesen Zweck zu erreichen, bot er den Juntern gewisse Maßnahmen 'zum Ausstich' förmlich demonstrierte das Verbotnis zu einer Reaktionspolitik, wie sie die 'Edelsten der Nation' wünschen und erleben. Anknüpfend an den in der Debatte berührten Fall Schilding beschwerte er zunächst, um die Wölperteile zufrieden zu stellen, daß mit seiner Einwilligung kein Beamter wegen Betätigung liberaler Gesinnung zur Verantwortung gezogen werden solle. Etwas anderes aber sei es, wenn sich um Sozialdemokraten handle; ein Beamter dürfe sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen, welche die Grundlagen des Staates, die Rechts- und Gesellschaftsordnung bedrohe. Alle bürgerlichen Parteien müßten sich zusammenschließen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Erst dann, wenn dies der Fall sei, werde die Regierung den Weg beschreiten können, die Bekämpfung der Unzufriedenheit mit allen Mitteln, das heißt mit Ausnahme gesetzlicher Maßnahmen. Darob waren die Junter natürlich hocherfreut, daß sich der leitende Staatsmann zur Ausnahmepolitik gegen die Sozialdemokratie, das heißt gegen die Arbeiterklasse, bekannte.

Wie sehr die Wölperteile mit den Juntern ein Herz und eine Seele sind, zeigt recht drastisch folgende Tatsache: Der Freimann hat bekanntlich gegen die Wahl von vier Sozialdemokraten in Berliner Wahlkreise zum preussischen Landtag Protest erhoben unter der völlig sinnfälligen Behauptung, die Sozialdemokratie habe 'unerhörten Wahlterrorismus' betrieben. Die Wahlsprüfungscommission des Dreiklassenparlaments ist diesem infandablen Protest beigetreten; sie beantragt, die vier sozialdemokratischen Mandate für ungültig zu erklären. Gegenüber diesem vierfachen Mandatsüberbruch hat die Berliner Sozialdemokratie am Sonntag in 20 imposanten Massenversammlungen schneidenden Protest erhoben. Aber wir trauen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu, daß sie nach dem Rezept Hilows, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen, die völlig ungerecht angebotenen Mandate für ungültig erklärt. Dieser infame Vergewaltigungsversuch kommt durchaus auf Rechnung des Wölperteils, der immer noch den Mut hat, sich zu gerieren als 'Kämpfer für die preussische Wahlschereform'.

Noch eine dritte ergreifende Leistung aus dem preussischen Dreiklassenparlament ist zu melden. Seine Budgetkommission, in der, wie im Plenum, das Junkertum ausschlaggebend ist, hat sich nicht entbunden, eine neue steuerliche Belastung der Staatsbürger bis zu einem Einkommen von 12000 herunter vorzuschlagen. Die Einkommenssteuerufen von 1200 bis 3000 sollen gegen jeht eine um 5 pzt. höhere Steuer zahlen! Und schon von dem Einkommen von 3000 aufwärts soll der Zuschlag auf dem bisherigen Steuerzuschlag sogar 10 pzt. betragen! Dies' Attentat auf den Geldbeutel trifft besser gestellte Arbeiter und die Masse der sog. Mittelstandsleute, denen das Junkertum bekanntlich immer heuchlerisch 'ein ganz besonderes Wohlwollen' bewandelt. Hoffentlich werden die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden nun endlich einmal gefehlt. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß sie den Schwund erkennen, den das unverdächtige gewissenlose Junkertum mit ihnen treibt!

In Sachsen spielte sich ebenfalls ein Ereignis von großer politischer Bedeutung ab. Wie die Erste Kammer, so hat nun auch die Zweite das neue Wahlgesetz angenommen, das dem Begriff einer Wahlreform schneidenden Hohn spricht. Die Zweite Kammer sagte ihrem Beschluß am 19. Januar. Zwei Tage vorher, am Sonntag, den 17. Januar, hatte die Sozialdemokratische Dreiklassenparlament vier impotente Protestversammlungen veranstaltet, in denen einstimmig ausgesprochen wurde, daß die Arbeiter-

schaft eine wirkliche und wahre Wahlrechtsreform verlangt. Nach Schluß der Versammlung stellten die nach Tausenden zählenden Massen natürlich die Straßen; in diesen Tagen demonstrierten sie, energisch aber, aber doch friedlich. Aber-trotzdem legte sich die Polizei ins Mittel, Schutleute drangen mit geschwungenen Säbeln auf die Massen ein und hielten deren Blut fließ; es gab zahlreiche Verwundete. Etwa 20 Personen sollen sehr schwer verletzt worden sein. Aber das konnte die Polizei doch nicht verhindern, daß der König, als er nachmittags 1/2 Uhr von einem Dornburg-Bortage im Gewerkschaus zurückfuhr, ein gewaltiges Gedränge auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu hören bekam. So wird in Deutschland das arbeitende Volk behandelt, wenn es friedlich für sein Recht demonstriert!

In Berlin tagte vom 18. bis 20. Januar ein von 345 Delegierten besetzter Tabakarbeiterkongress, der nach sehr eingehenden und lebhaften Verhandlungen eine scharfe Protestresolution gegen das Spidowske Tabaksteuerprojekt annahm. Die 345 Delegierten vertreten 758 Orte mit 168 245 Arbeitern. Wenn die Regierung und der Reichstag geradezu und vernünftigen Einsprüchen gegen das neue Tabaksteuerprojekt Bedingung zu tragen vermöchten, so müßten sie das betreffende Gesetz ablehnen.

Maurerbewegung.

Sperren, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperren) bestehen über die Ofenarbeiten der Stettiner Charnotefabrik an der Gasanstalt Grasbrook und auf der Vulkanwerk, Schornsteinbaufirma Diedrich;

Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperren) über die Karlsruhte und das Kokswerk in Andorf;

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Hennickendorf (Sperre über Buchholz);

Pommern:

Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz);

König. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marion & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstrasse), **Milsen** (Sperren) über E. Meier in Ortmannsdorf und F. Döhn in Milsen-St. Nikolaus, **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Bautzen** (Sperre über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre) über den Schulneubau in Schafstädt b. Lanchstädt, **Wolfsenfeld** (Sperre) über die Unternehmer Menzel und Schiedt; **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Aken** (Sperre über Karl Kartäuser);

Thüringen:

Allstadt (Sperre über die Zuckorfabrik), **Ronneburg** (Sperre über Krottschmar), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler);

Hannover-Oldenburg:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik, Germania¹⁴), **Osterholz-Ritterhude** (Sperre über Bahnbauten, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks), **Oeynhausen** (Sperre über das Eisenwerk 'Weserhütte¹⁴);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Sperre über Schütterle).

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Mathes), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karlbaum aus Bonn).

Isolierer und Steinholzer:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Molkteat. 23), **Cöln** (Sperre über die Korkelthwerke), **Chemnitz** (Sperre über Ziegner & Fritsche).

Oesterreich:

Karlsbad.

Befanngmachung des Vorstandes.

Stetsgemäß darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes vorgetragen ausgeführt werden: Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbepunkte.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter, und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 18. bis 23. Januar für folgende Mitglieder erteilt: Herm. Viel-Mitterweidbach, Verb.-Nr. 426 244; Joh. Baillif-Schmidlin, 99 022; M. Göge-Wurgshädt (Frau), 392 653; G. Deegenbarts-Gschwege, 277 436; Ad. Köppe-Senftenberg,

897 745; Carl Harze-Kiel (Frau), 100 324; Th. Lindow-Strahlund (Frau), 128 146; A. Heidenreich-Stein, 48 079; H. Schellke-Weilly, 52 684; Andr. Girmar-Schwandorf (Frau), 380 178; Karl Hente-Sotha, 164 602; Karl Lampf-Dresden (Frau), 162 042; Herm. Wilsberg-Gießen, 71 907; Joh. Wilsberg-Gießen, 201 621; Otto Wilsberg-Gießen, 86 386; Frz. Gieseler-Hamburg, 29 149; H. Berger-Dresden, 18 454; F. 3. Bartsch-Karlstraße (Frau), 170 871; G. Lehmann-Buchwalde, 85 235; Carl Schröder-Rheinberg (Frau), 178 609; Joh. Dertel-Wahren, 276 888; H. König-Cassel (Frau), 131 156; Otto Dietrich-Liña, 336 435; W. Fischer-Plannheim (Frau), 261 725; W. Gerloff-Hamburg (Frau), 27 923; Gb. Härtel-Karlstraße (Frau), 242 004; H. Schüller-Ginsbun, 66 777; Aug. Wilsberg-Bochum, 229 467; W. Pfeiffer XIV-Gießen, 118 191; Aug. Schömann-Pittau (Frau), 282 922; Wils. Cappel-Duedlburg, 95 643; Joh. Götze-Nürnberg (Frau), 424 144; Herm. Kindigier-Klegitz, 154 414.

Selbstwendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Rosenbüdenhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschlitt zu angeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18. bis 24. Januar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
- Abling M. 189,20, Anleben 160,76, Ahrensbödd 28,81, Altonaer-Cooden 66,20, Achim 12,60, Bernice 218,72, Behau 76,28, Berne 98,60, Bernsdorf 30,80, Braunschweig 18,50, Brandis 126,72, Breiten 108,08, Bodeman 114,64, Bremen 5,70, Cöln 1803,72, Gammun 44,36, Coburg 41,77, Coblenz 575,81, Deutsch Eylau 174,92, Edmüß 165,84, Dieckau 79,49, Dargun 75,80, Dresden 14 076,56, Drisen 29,08, Einbeck 851,82, Eichershausen 42,64, Eickhof 27,84, Eißler 104,71, Eißhof 125,81, Eutin 436,73, Erlangen 81,66, Fürstentumfeldbrud 183,25, Freyhan 571,46, Fallersleben 114,94, Finsterwalde 67,28, Friedeberg 81,87, Greene 344,90, Groß-Blüden 160,20, Groß-Ziegenort-142,78, Wörmüß 69,84, Groß-Schönebeck 65,42, Groß-Weeren 62,03, Grandenborn 159,23, Gassen 28,40, Gleiwitz 25,56, Glogau 592, Großsowald 112,95, Groß-Stein 98,99, Golba 2,40, Grödelberg 797,47, Hohenstein-Ernstthal 315,23, Himmigsdorf 157,18, Havelberg 120,89, Hamburg 1208,44, Harburg 312,94, Hintersee 254,16, Heimdorf 198,79, Hildebrand 367,82, Hammer 6, Jagnid 57,24, Hof 297,50, Jüterbog 521,51, Jünnaun 83, Jerahmei 7,56, Karlstraße 4001,05, Kempen 372,63, Knyß 19,44, Kl.-Schönebeck 17,50, Kiel 2675,97, Konstantz -84, Langelsheim 265,34, Lieve 132,45, Labes 8,32, Lößau 425,54, Lissa 127,88, Lüdenscheid 66,08, Lübben 221,05, Lübbenau 136,01, Lieberose 4,84, Lauenbrütte 126,72, Mienitz 62,08, Neuenmühlstraße 281 88, Neusalz 214,21, Neumarkt i. Schl. 149,60, Neiß 66,15, Neustorf 112,25, Niemeß 42,71, Norkheim 99,10, Nienburg a. d. S. 56,96, Nürnberg 6118,79, Reuenzammer 102,05, Ockerleben 187,62, Oterhlo-Scharmbud 355,02, Oehringen 91,67, Oertritz 49,60, Oranienburg 7,20, Dietrode a. Harz 855,58, Pöme 80, Prigrade 78,70, Pönan 1460,85, Pösalwall 285,21, Plattling 36, Prenden 106,80, Pößner 12,16, Quakenbrück 160,39, Röhda 42,36, Radobitz 35,60, Rheinsberg 133,80, Regensburg 1525,07, Rosenthal 117,56, Reichensbach i. Vogtl. 9,15, Reutlingen 423,10, Rosenheim 176,44, Ratibor 98,15, Schnell 431,18, Schönebühl 199,82, Sonderburg 403,68, Sommerfeld 191,31, Siegen 6, Schwitz 383,75, St. Johann 334,16, Seckow 135,91, Stadthagen 134,80, Scherbeck 22,40, Simbad 10, Sprowitz 335,26, Schwegingen 263,64, Sternberg 96,60, Salzhausen 77,40, Schönwalde i. Spreewald 59,28, Salzhausen 454, Salzgünen 180,68, Stargard i. Pomern 87,88, Steinach 41,92, Straßburg i. Elß. 3,55, Stuttgart 5807,83, Seidenberg 26,31, Triefel 164,50, Tempin 115,15, Torgelow 88,45, Tradenmühl 88,40, Trittau 40, Trenz 21,40, Tützingen 3,84, Trebitz 188,98, Teltow 242,15, Unterweißbach 287,04, Weiten 197,87, Wewer 120,25, Wenzelsdorf 62,31, Wigenhausen 307,63, Wener 43,64, Weiskind 100, Webel 281,25, Werraun 117,44, Wölkendorf 62,65, Wöden 19,72, Zwönitz 53.

- b) Für Kalender.**
- Abling M. 5, Altonaer-Cooden 5, Achim 12,50, Bernice 10, Breiten 7, Behau 4, Gammun 5,50, Deutsch-Eylau 5, Dargun 2,50, Eickhof 6, Eutin 10, Eißler 3, Erlangen 15,50, Freyhan 2,50, Finsterwalde 3, Friedeberg 6, Gr.-Blüden 10, Gr.-Ziegenort 2,50, Gr.-Schönebeck 1, Gr.-Weeren 4, Grandenborn 5, Gleiwitz 7,50, Großsowald 12,50, Havelberg 10, Heideberg 20, Himmigsdorf 4, Hammer 6, Jagnid 7,50, Jagen 100, Hof 12,50, Jüterbog 1, Jünnaun 7,50, Karlstraße 87,50, Kayna 7,50, Lieve 2,50, Lübben 2,50, Neuenmühlstraße 6, Neusalz 5, Norkheim 17,50, Nienburg a. d. Saale 3,50, Ockerleben 4, Oterhlo-Scharmbud 12,50, Prigrade 6, Pönan 12,50, Röhda 2, Regensburg 25, Reutlingen 12,50, Ratibor 3, Schönebühl 12,50, Schnell 10, Schwitz 7,50, St. Johann 50, Simbad 4, Schwegingen 7,50, Sternberg 7,50, Salzhausen 1, Salzgünen 12,50, Salzgünen 10, Stargard i. Pomern 4, Steinach 5, Stuttgart 20, Trebitz 6, Unterweißbach 5, Wasserberg 5, Werraun 1, Wölkendorf 1, Zwönitz 5.

- c) Für Protokolle.**
- Anleben M. 1, Ahrensbödd 7, Altonaer-Cooden 8, Achim 4, Brandis 3, Breiten 3, Bodeman 3, Cöln 51, Coburg 5, Deutsch Eylau 5, Dargun 1, Dieckau 1, Einbeck 5, Eichershausen 1, Eickhof 1, Eißler 3, Eutin 2, Freyhan 4, Fürstentumfeldbrud 2, Finsterwalde 1, Greene 3, Gr.-Blüden 3, Groß-Ziegenort 1, Grandenborn 3, Gassen 1, Gleiwitz -60, Glogau 1, Gr.-Weeren 3, Grödelberg 3, Harburg 31, Hintersee 4, Heidenreich 3, Hammer 6, Jagnid 1, Jagen 23, Hof 4, Jünnaun 4, Karlstraße 9,60, Kempen 3, Kayna 3, Langelsheim 5, Lößau 2, Lissa 2, Lübben 14, Lübbenau 5, Lieberose -40, Lauenbrütte 1, Neuenmühlstraße 5, Neusalz 2, Neumarkt i. Schl. 1, Neustorf 1, Niemeß 3, Norkheim 6, Nienburg a. d. S. 3, Ockerleben 4, Oterhlo-Scharmbud 12, Oehringen 1, Oertritz 1, Dietrode a. Harz 1, Prigrade 7,80, Pönan 23, Pösalwall 3, Quakenbrück 3, Röhda -8, Regensburg 7, Ratibor 2,40, Schönebühl 3, Schnell 13,40, Schwitz 3,80, St. Johann 21, Stadthagen 7, Sprowitz 9, Schwegingen 2, Salzgünen 1, Salzgünen 4, Stargard i. Pönan 1, Stuttgart 41, Tempin 4, Trenz 3, Trebitz 3, Teltow 3, Unterweißbach 3, Wenzelsdorf 1, Werraun 1, Wölkendorf 1, Zwönitz 3.

- d) Für Futterale.**
- Ogen M. 5, Hamburg 40, Lübbenau 2, Neusalz 2,50, Schönebühl 5.

o) Für „Arbeit und Kultur“.
Cöln M. 30, Euttig 18.
l) Für „Jahrbuch“.
Eigen 50 A.
Verichtigung.

In Nr. 3 des Grundstein® muß es unter Nürnberg heißen: für Beiträge M. 81,25 und für Protokolle M. 2. In Nr. 4 muß es unter Wärburg heißen: für Beiträge M. 214,08.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen F. Tietjen-Dreierhuden (Verb.-Nr. 61 228), Jacob Franz-Frankfurt a. M. (6863), Paul Köhl-Cassel (87 858), Josef Wacker-Nürnberg (A. 94 885), G. Buchholz-Berlin (129 062), Emil Köhling-Leuders (228 931), Carl Krey-Coblenz (219 325), Heinrich Köhling-Mannheim (285 586), Karl Schneider-Schönebeck (317 606), Jac. Mayer-Wiesbaden (313 703), Paul Stephan-Wilshausen i. Th. (377 328), A. Komnath-Brandenburg (378 174), Frz. Hofsta-Essen, 454 990, W. Kiefer-Berlin (B.) (1189), Aug. Frisch-Wagdeburg, Carl Elanck-Wagdeburg (121 969), Peter Wimmer-Fordheim (424 570), G. S. Wendel-Greiz (127 813), Rob. Hofmann-Lödenberg (347 650), G. Feuerberg-Brandenburg (378 782), R. Kitz-Duisia (380 374), A. Kell-Greiz (431 242).

Mitgliedsbuch gefunden. In Bochum ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Wilhelm Drinowitsch (Verb.-Nr. 298 838) und die Inhabendartefakte gefunden. Der Kollege wird ersucht, seine Adresse, sowie Angabe des Geburtsdatums bei der Verwaltung in Bochum anzugeben, damit ihm Buch und Karte zugestellt werden kann.

Angefördert, leisten Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Tempin: Karl Wieseke (Verb.-Nr. 502 479), geb. am 15. Februar 1888 zu Tempin. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein - oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorsitzende.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

- Gau Cöln.**
- Im Einverständnis mit dem Hauptvorstande berufen wir die Gaukonferenz zum 7. März nach Düsseldorf ein. Sie beginnt morgens 10 Uhr und tagt im Lokale des Herrn Schreiner, Volkstraße 87 (Wulfschlaus). Als Tagesordnung schlagen wir vor:
1. Bericht des Gauvorstandes (a. des Vorsitzenden, b. des Kassierers, c. der Revisionen).
 2. Kassenbewegung und Streckis.
 3. Revision (Revisions-Kollege-Kreis).
 4. Vorarbeiten im Gau (Revisions-Kollege-Kreis).
 5. Anträge der Zweigvereine, des Gauvorstandes und Bezirksvereine.
 6. Neuwahl des Gauvorstandes und der Revisoren.
- Wir fordern die Zweigvereine auf, zur Konferenz Stellung zu nehmen und die Delegierten dazu zu wählen. Die Wahl regelt sich nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts. S. d. Von dem Ergebnis der Wahl ist uns Mitteilung zu machen.
- Der Gauvorsitzende.**
J. W. Eytz Wuth, Gauvorsitzende.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse senden wir sofort an die Redaktion des Jahrbuchs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Vorkstellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstag vormittags in unseren Händen sind.

Abling. Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung, zu der Kollege Stadler aus München erschienen war, um die Kasse zu revidieren und einen Vortrag zu halten. Die Kassenrevision ergab, daß die Kasse sich in bester Ordnung befand. Der Jahresbericht, der von dem Vorsitzenden erstattet wurde, fand den Beifall der Kollegen. Hierauf hielt der Kollege Stadler seinen Vortrag. Nach dem Vortrage fanden die Neuwahlen statt. Als erster Vorsitzender wurde Josef Reichel und als erster Kassierer Konstantz Fröschl gewählt. Nach einem kräftigen Aufschwung des Kollegen Stadler, worin er die Kollegen ersuchte, die Zweigvereinsverwaltung kräftig zu unterstützen und in diesem Jahre die Versammlungen ebenso eifrig zu besuchen, wie sie dies im vorjährigen Jahre getan haben, erfolgte Schluß der Versammlung.

Alstedt. Am 17. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht. Der Kassierer erstattete den vierten Quartals- sowie den Jahresfinanzbericht für 1908. Der Kassenbestand der Kassa betrug A. 1033,39. Davon sind auf Sparflasse A. 853,28 angelegt. Beschlossen wurde, den tranken Kollegen des Zweigvereins eine Unterstützung von wöchentlich A. 1,50 in den beitragsfreien Monaten zu gewähren. Hierauf fand die Vorstandswahl statt. Es wurden die Kollegen H. Heine, Alb. Heidele und Th. Herrmann wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, ein Wintervergügen am 30. d. Mts., abends 7 Uhr, im Restaurant Rechenbach durch gemeinsames Beisammensein zu feiern. Wie schon in voriger Nummer mitgeteilt, legten 15 Kollegen am 12. d. M. die Arbeit in der Zunderfabrik nieder und am 16. d. M. wurde alles, was organisiert ist, entlassen, worunter sich noch zehn unserer Kollegen befinden. Mitbin sind hier 25 Kollegen ausständig. Der beiden Kollegen, die im Steinbruch verunglückt, geht es einigermaßen wohl. Lo daß ihre Genesung bald zu erwarten ist. Mit dem Wunsch, daß alle Versammlungen so gut besucht sein möchten wie die heutige, und mit einem dreimaligen Gedächtnis auf die Arbeiterkraft und den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Altenburg. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab die Vorsitzende der vergangenen Jahre dererforderten Kollegen. Die versammelten Kollegen erörtern deren Absichten in der üblichen Weise. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verfllossene Jahr. Er betonte hauptsächlich, daß unsere Kollegen sehr unter Arbeitsmangel zu leiden hatten und viele gewungen waren, sich in den umliegenden Orten Arbeit zu suchen. Er trodten sie der Mitgliedschaft ziemlich froh gelassen. Er betrug am Jahresabschluss 298. Differenzen mit den Unternehmern sind wenig vorgekommen und wurden immer durch den Vorstand geregelt. Aber von unseren Kollegen wurde der bestehende Arbeitsmangel öfter nicht ungesagt, was auch in den Versammlungen, manchmal zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Tarif von den Unternehmern nicht geändert worden ist, man wisse aber nicht, was sie für später im Schilde führen. Der Kassierenbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kassierer in einigen Punkten erläutert. Die Revisionen berichteten, daß Kasse und Bücher revidiert und in Ordnung befunden worden sind. Die Versammlung ertheilt dem Kassierer Entlastung. Bei der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende, erste Kassierer und der Schriftführer wiedergewählt. Jedoch waren schwerer Kollegen für die anderen Rotten zu finden. Der Vorbeitrag wurde wieder auf A. 1,20 festgesetzt. Hierauf schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Braunschweig. (Jahresbericht.) Seit dem Jahre 1904 ist die Bautätigkeit, sowohl Neubauten in Frage kommen, in der Stadt ständig zurückgegangen. Die Zahl der neu errichteten Gebäude überhaupt bezw. Wohngebäude allein, betrug: 1904: 240 bezw. 127, 1905: 160 bezw. 67, 1906: 69 bezw. 27, 1907: 36 bezw. 20, 1908: 28 bezw. 18. Daraus ergibt sich selbstverständlich bei einer zunehmenden Bevölkerungsziffer schließlich eine Wohnungsnot. Obwohl die Beschäftigungslosigkeit in der Industrie wie im Bauwesen im Jahre 1908 eine noch nie in Braunschweig gekannte Höhe erreichte, hat die Einwohnerzahl doch noch zugenommen. Sie betrug am 1. Dezember 1907 141 306, am 1. Dezember 1908 aber 144 167, hat mitbin um 2861 zugenommen. Zwei städtische Bauaufsichten sind nach einem Bericht vom Jahre 1906, der erst 1908 veröffentlicht worden ist, als Wohnungsaufsicher tätig. Wir entnehmen dem Bericht folgende Stellen über Bauanstalten, die bei Revisionen gemacht worden sind: Einbringen von Feuchtigkeit in 64 Fällen, nicht einwandfrei in Licht und Luft, auch keine ins freie stehenden Fenster in 96 Fällen, offene Verbindung mit Werten in 1 Falle, ungenügende Anzahl von Werten in 8 Fällen, überfüllte Wohnungen in 106, keine geschlechtliche Trennung in 4, unzureichendmäßige Feuerstätten in 465, Räume über Resthöfen in 7, sonstige Mängel in 119 Fällen; am Jahresabschluss nicht erledigt waren 539 Fälle. Daß sich die Verhältnisse in den beiden folgenden Jahren sehr verbessert haben, verbesteht nicht, liegt klar auf der Hand, wenn man die Abnahme der Wohnhausbauten und die Zunahme der Bevölkerungsziffer in Betracht zieht. Für Arbeiter ist tatsächlich eine Wohnungsnot vorhanden, und immer noch hört man die Pleiten seien noch nicht „auf der Höhe“, auf der sie sein müßten. Am einmal ein ziemlich genaues Bild über

die „hohen“ Löhne der braunschweigischen Maurer und deren durchschnittliche Arbeitslosigkeit zu erhalten, hatten wir am 1. Dezember 1908 Fragekarten an die in Braunschweig anwesenden Kollegen mit folgenden Fragen ausgegeben: 1. Wieviel Tage machst Du in der Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 30. November 1908 arbeitslos? 2. Wieviel Tage von den obigen hat Du a) wegen Arbeitsmangels, b) wegen Witterungsbeschädigung (Wegen, Frost), c) wegen Mangels an Material, d) wegen Krankheit gefehert? An 425 Kollegen waren Karten ausgegeben und 324 erzielten wir als brauchbar zurück. Diese Kollegen hatten insgesamt 20 580 Arbeitslostage, pro Kollege 68 Tage. Ein Kollege, der seinen Tag im Jahre feiert, die längere Arbeitszeit im Winter aber mit gerechnet, würde einen Durchschnittswochenverdienst von M. 27,69 erzielen. Durch die durchschnittlich auf jeden Kollegen entfallenden 68 Tage Arbeitslosigkeit erhält er aber nur einen solchen von M. 22 pro Woche. Wie manche Schämierung der Unternehmer und Politiker müssen die Kollegen einsehen, um es nicht zu ernstere Konflikten kommen zu lassen. Wie frohd leichtfertig jetzt die hiesigen Unternehmer mit der Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerks zur Hand sind, hat ja der Fall Krohn auf „Nichtmond“ bewiesen; die Staatsanwälte waren zu der Zeit scheinbar in den Seiten. Der Arbeitgeberverband hat seinen Vorstand ermächtigt, bei irgend welcher Sperren der Gewerkschaften, wenn nicht gleich Einigung erzielt wird, sofort das ganze Baugewerbe auszusperrten, ohne erst die Mitglieder zu fragen. In solchen Sachen sind sich die Sperrmacher einig. Wenn die Herren aber erlaubt werden, ihre Beschlüsse der Gesellschaft gegenüber zu halten, dann preisen sie auf ihren Verband und seine Beschlüsse. Der Maurermeister Möhle aus Hildesheim, Vorsitzender und Draufgänger in den Bezirksversammlungen des Arbeitgeberverbandes, hat das beste Beispiel gegeben, was die Unternehmer von solchen Beschlüssen halten. An der Albert-Wies, Dichter und großer Redner, der im vergangenen Jahre sein 50jähriges „Arbeitsjubiläum“ gefeiert und unter anderem von seinen Freunden einen Ehmpangenerföhler erhalten hat, ist fleißig an der Arbeit; nicht aber, wie er den Schein nach außen zu erwecken sucht, mit den Gewerkschaften in Ruhe und Frieden zu arbeiten, sondern um uns bei Lohndebingungen fallen stellen zu können, wie auch seine Logenherren zum Tarifwesen beweist. Er ist vergangenes Herbst wieder mit einem Plan hervorgetreten, den er jedenfalls mit seinem Freunde Fleißig ausgearbeitet hat. Er will für den Arbeitgeberverband die Rechte eines juristischen Person von Ministerium erlangen, eingetragener Verein ist der Arbeitgeberverband schon. Ein Justizrat ist mit in den Vorstand gewählt worden, weil ein Jurist doch die Vorlage besser beim Ministerium vertreten könne als die Vorstandsmittglieder. Als im Oktober in der Generalversammlung, in der die Vorlage beschlossen wurde, ein Mitglied die schäbsterne Anfrage stellte, ob man denn nicht mit den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung in Konflikt komme, meinte der Justizrat: Ja, ja, ich weiß wohl, das ist die einzige Schwierigkeit, damit wird das Ministerium wohl kommen; aber ich glaube, hierüber schon mit dem Ministerium einig zu werden. Dem Vater dieser Vorlage wird nachträglich auch noch andere Bedenken aufgetaucht, und auf seinen Vorschlag hat man die Satzungen noch einmal umrevidiert, ohne jedoch den wahren Sinn zu beeinträchtigen. Er hat gemeint, sonst könnten die Geher (die Gewerkschaftsführer) sagen: Ihr handelt ja mit Menschenfeindschaft! Also vorsichtig müsse man sein; denn wenn die Gewerkschaften etwas merkten, dann schlugen sie Rabau und das Ministerium würde die Genehmigung nicht erteilen. In Braunschweig solle der erste Versuch gemacht werden, um die Genehmigung der neuen Satzungen zu erlangen. Gelänge es hier, dann wollten es die übrigen Arbeitgeberverbände in Deutschland nachmachen. Nach diesem heißt es, die Augen offen halten. — In unseren Nachbarstädten Gr.-Bellheim, Wechelde, Begre, Calzigitter, Liebenburg a. S., Söhlde, ebenfalls in den uns im vergangenen Jahre neu zugeleiteten Nachbarstädten Offhorn, Schuppenstedt und Hornburg war die Bautätigkeit äußerst schlecht. Liebe hatte eine leidliche Bautätigkeit und hat deshalb eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 3 ohne Kampf erreicht. Wegen Lohn-erhöhungen mußten mehrere Sperren verhängt werden, die mit teilweisem Erfolg endeten. Die Bauarbeiterbeschlüsse werden von den ländlichen Unternehmern fast gar nicht beachtet. Das liegt aber auch mit an der Interesslosigkeit der Arbeiter, die in vielen Fällen gar nicht wissen, was sie fordern können. Die ländlichen Kollegen, soweit sie organisiert sind, müssen sich mehr Wissen auf diesem Gebiete aneignen, damit sie die Individuen aufklären und das ihnen auf diesem Gebiete gefühllos stehende Recht fordern lernen. Obwohl die organisierten Maurer überall für besseren Bauarbeiterbeschlüssen eintreten, sucht die Hannoverische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, zu der Braunschweig als Sektion I gehört, die meiste Schuld an Unfällen den Arbeitern selbst in die Schuhe zu schieben, ohne die genügenden Beweise hierfür anzutreten. — Der Zweigverein setzt sich aus elf Abteilungen mit 169 Ortsgruppen zusammen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909 836. Der Arbeitgeberverband des ganzen Herzogtums hatte nach eigenem Bericht im April 1907 Mitglieder in acht Lokalverbänden, und zwar entfielen auf Braunschweig 127, Ganderheim 44, Wolfenbüttel 27, Helmstedt 20, Schöningen 18, Wanzleben 12, Solzminde 46, Rängelutter 13. Das Kaiserweien gestaltete sich wie folgt: Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 18 995,55, von der Ausgabe entfielen auf Reiseunterstützung M. 290, Streckunterstützung M. 487,10, Gemeindefestunterstützung M. 188, Krankunterstützung M. 2246,65, Sterbeunterstützung M. 912, Anteil an den Beiträgen M. 3949,85. An die Hauptkasse abgegangen M. 6547,95. Die Lokalkasse hatte einschließig Kassenbestand eine Einnahme von M. 8463,01 und eine Ausgabe von M. 6328,27. Der Kassenbestand am Schlusse des vierten Quartals 1908 betrug M. 2124,74.

Düsseldorf, (Jahresbericht.) Durch den Abschluß des Vertrages, der am 16. August in Eisen unterzeichnet wurde und auch für Düsseldorf gültig ist, wäre für die Maurer des Landkreises Düsseldorf, deren Zahl etwa 300 beträgt, eine Lohnaufbesserung von 2 bis 3 pro Stunde eingetreten; ebenfalls wäre die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich vergrößert worden, wenn die Un-

ternehmer den Vertrag eingegangen hätten. Jedoch zeigte selbst der Düsseldorf Arbeitgeberverband wenig Neigung, den Vertrag für den Landkreis anzuerkennen, obgleich sein Vorsitzender selbst in Köln den Vorschlag machte, den Landkreis mit einzugehen. Noch im Monat Juni weigerte sich der Arbeitgeberverband ganz entschieden, selbst für die in unmittelbarer Nähe der Stadt liegenden Vororte den Vertrag anzuerkennen. Um eine Arbeitsordnung fertigzustellen, bedurfte es nicht wenigen denn neun Sitzungen. Der Arbeitgeberverband glaubte, er brauche nur zu diktieren und könne, ohne die Vertreter der Arbeiter zu fragen, die Arbeitsordnung aufstellen. Das lehnten wir jedoch entschieden ab. Schließlich gelang es unter dem Vorhitz des früheren Obmannes, Herrn Pfeiffhoden, Bauart a. D., eine Arbeitsordnung fertigzustellen, zu der auch wir, wenn auch nicht gern, unsere Zustimmung gaben. Die Unternehmer, auch die organisierten, kümmernten sich um den Vertrag nicht, sondern zahlten einfach die alten Löhne weiter. Während sich der Arbeitgeberverband weigerte, die Verbesserungen, die der Vertrag für die Kollegen brachte, anzuerkennen, hätte er seine Mitglieder durch ein Rundschreiben am 2. Juni bereits über die für sie günstigen Bestimmungen auf, indem er sie auf den § 6 hinwies, wonach nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt werden braucht, während früher an den Tagen vor Ostern und Pfingsten je an derhalb Stunden früher Feierabend war, die ebenso wie die Pausen während der Nacharbeit bezahlt wurden. Leider war es infolge der schlechten Konjunktur nicht möglich, die Unternehmer zur Zuerkennung des Tarifes zu zwingen. In zwei Fällen kam es dennoch zum Kampf, und zwar bei den Unternehmern Jenzen aus Düsseldorf, der in Benrath 17 Wohnhäuser baute und sich hartnäckig weigerte, den Vertrag anzuerkennen. Statt Jenzen vor die Schlichtungskommission zu laden und ihn für sein Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen, wie hier es wiederholt beantragt hatten, gab der Vorsitzende Mühlentamp Jenzen den Rat, sich von den Arbeiterorganisationen von der Zahlung des Tariflohnes zu erlösen zu lassen. Auch der Unternehmer Hellmann von Hilden, Vorsitzender des Hildener Arbeitgeberverbandes, hielt es nicht für nötig, an dem Neubau der Diakonissenanstalt in Kaiserwerth den tariflich festgelegten Stundenlohn zu zahlen. Am 13. Juni wandten wir uns bereits in dieser Sache an den Unternehmer Hellmann, ebenfalls setzten wir den Vorsitzenden der Schlichtungskommission hiervon in Kenntnis; aber auch in diesem Falle wurde die Sache verschleppt. Auf unsere wiederholten persönlichen Vorstellungen bei Hellmann und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erhielten wir schließlich nach Verlauf von sechs Wochen folgende Antwort:

Hilden, den 25. Juli 1908.
An den Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Düsseldorf.

Auf unsere Unterredung vom 20. bezugnehmend, teile ich Ihnen ergebnis mit, daß ich mit dem Vorsitzenden des Düsseldorf Arbeitgeberverbandes, Herrn Clemens Mühlentamp, Rücksprache genommen habe, und daß derselbe meine Auffassung bezüglich der Lohnverhältnisse in Kaiserwerth teilt. Danach kommen für Düsseldorf als Landkreis nur die unmittelbar mit der Stadt Düsseldorf zusammenhängenden Orte, wie Rath, Eller, Veresheim, Benrath usw., aber nicht die entfernt liegenden Orte in Betracht. Es liegt also für mich absolut kein Grund vor, in Kaiserwerth, wo bisher ein Lohn von 50 bis 54 3 gezahlt wurde, einen höheren Lohn zu bewilligen. Da jedoch, wie ich schon früher habe, die Arbeitsunterhaltung in Kaiserwerth für die fremd zugehenden Leute etwas teurer als hier ist, so bin ich bereit, diesem Umstände dadurch Rechnung zu tragen, daß ich den Stundenlohn um 3 5 erhöhe, also einen Maximallohn von 55 3 für Maurer und 45 3 für Bauführer. Hoffe, daß dieses Entgegenkommen Ihrerseits anerkannt wird; weitere Vorkerkung bedauere nicht bewilligen zu können.
Göschtingen, 20. Juli 1908.
E. Hellmann.

Hieraus ergibt man, daß es dem Arbeitgeberverband mit der Durchführung des Vertrages durchaus nicht ernst war. Beide Sperren gingen infolge der schlechten Konjunktur leider nach sieben bzw. zwölfwöchiger Dauer verloren. Gespart wurde auch der Unternehmern Gromen, der unbedingt zehn Stunden arbeiten lassen wollte; diese Sperre endete nach zwei Tagen mit vollem Erfolge. Die Fliesenleger mußten zehn Wochen streiken, um die Verbesserungen, die der Arbeitgeberverband ihnen aufschickte abzuwehren, die der Arbeitgeberverband ihrer aufzulegen wollte. Der Vertrag, der nach Beendigung des Kampfes abgeschlossen wurde, brachte den Kollegen in einigen Positionen Verbesserungen. Aus Anlaß der Streiks und Sperren wurden zehn Kollegen in 15 Fällen angefaßt. Jedoch erkannte das Gericht in fünf Fällen auf Freisprechung. Verfaßt wurden ein Kollege zu 14 Tagen, zwei Kollegen zu je drei Tagen Gefängnis, zwei Kollegen zu je 15, und ein Kollege zu je 10 Geldstrafe. Vier Anklagen sind noch nicht erledigt. Die Zuerkennung des Tarifes läßt sich zu wünschen übrig. Die Hochbauvereinschaft hat an dem Wahrenhausneubau Ties trotz wiederholter Beschwerden bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission fortwährend Überstunden machen lassen, ohne den tariflich festgelegten Zuschlag zu zahlen. Eckmann, der zwei Kollegen entließ, die sich weigerten, die Arbeit der fremden Fliesenleger zu machen, stellte trotz des Beschlusses der Schlichtungskommission die zwei Leute nicht wieder ein. Auf eine Beschwerde gegen den Unternehmer Heuser ging folgende Antwort ein:

Düsseldorf, den 29. April 1908:

Antwortlich Ihres gefälligen Schreibens vom 27. muß ich Ihnen erwidern, daß ich mit Einverständnis der Arbeiter und je nach Leistung, den Arbeitern 45, 47, 50 und sogar 62 und 55 3 pro Stunde zahlte. Die Arbeiter laufen mir bereits die Löhre ein und bieten mir ihre Arbeitskraft für noch weniger Lohn an. Was die neunzehnstündige Arbeitszeit anbetrifft, so muß ich mitteilen, daß ich mich bei Wiederholung habe verpflichtet müssen, zehn Stunden und nach der Festordnung arbeiten zu lassen, was ich auch nicht anders einrichten

würde, zumal sämtliche Arbeiter bis auf drei, die dem Arbeiterverband angehören, einberufen sind. Da die Maurerarbeiten bereits beendet sind, so ergäßen die letztgenannten drei Arbeiter, weil keine genügende Arbeit mehr vorhanden ist, schon Samstag ihre Entlassung.
Göschtingen

Dr. Franz Heuser,
ges.: (unleserlich)

Das Plattenlegergeschäft von Hof & Co. hält sich ebenfalls nicht an die Beschlüsse der Schlichtungskommission, sondern vergibt seine Arbeiten an Zwischenunternehmer unter Tarifpreisen. Auch dieser Bau mußte gesperrt werden. In Neuß halten die Unternehmer ebenfalls zum großen Teil nicht den Tarif inne, sondern zahlen nach Belieben; hier war es aber nicht möglich, sie zur Zuerkennung des Tarifes zu zwingen, da die Kollegen zu interesselos sind. Die Zementierer arbeiten zur Zeit ohne Tarif; einzelne Unternehmer verführen, den Lohn zu kürzen, im allgemeinen wird der Stundenlohn von 62 3 jedoch weiter gezahlt.

Die Bautätigkeit in der Stadt Düsseldorf gestaltete sich in den letzten fünf Jahren wie folgt:

Zahl der ausgeführten Neubauten.

Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	Zahl der neu errichteten		Zahl der neu entstandenen Wohnungen								
	Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	Wohnräume*								
	Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1907	285	221	506	8	222	436	291	169	228	1349	5668
1906	344	140	484	19	297	467	263	211	309	1566	7823
1905	529	219	748	17	629	946	627	266	297	2676	11975
1904	674	267	941	30	677	1087	676	261	346	3077	13616

* Die Größe ist als Wohnraum gerechnet.

In der Zeit vom 1. April 1908 bis zum 30. September 1908 wurden errichtet 140 Wohnhäuser, und in der gleichen Zeit des Jahres 1907 141 Wohnhäuser. Hieraus ist ersichtlich, daß sich die Bautätigkeit nicht gehoben hat, sondern noch mehr zurückgegangen ist. Denn die Einwohnerzahl stieg von 285 000 am Schlusse des Jahres 1907 auf 284 000 am Schlusse des Jahres 1908, wovon zwar 9000 Einwohner durch die Eingemeindung der Gemeinde Werfen hinzugekommen sind, abgesehen sind, so daß der reine Zuwachs 11 000 Einwohner beträgt. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist denn auch weiter zurückgegangen. Nach dem Bericht des Statistischen Amtes standen am 15. Oktober 1915 gleich 2,14 pzt. der Wohnungen leer. Der entsprechende Prozentsatz betrug in den Jahren 1904 1,36 pzt., 1905 4,28 pzt., 1906 3,61 pzt., 1907 2,43 pzt., 1908 2,14 pzt. Seit 1904 ist sonach der Vorrat an Wohnungen ständig gesunken. Nachdem die Bautätigkeit in den Jahren 1903 und 1904 fast über das Bedürfnis hinausgegangen war, ist sie seitdem immer mehr dahinter zurückgeblieben. Während im Jahre 1904 auf je 1000 Einwohner 2,35 neue Wohngebäude kamen, waren es im jetzt abgeschlossenen Verwaltungsjahre nur 1,07.

In den Vororten ist der Wohnungsmangel genau so groß wie in der Stadt selbst, ja, in Rath und Benrath müssen die Arbeiter mitunter nicht einmal eine Wohnung zu erhalten. Die Folge davon ist, daß die Mieten, besonders für die Kleinwohnungen, erheblich im Preise gestiegen sind, worüber leider statistisches Material nicht vorhanden ist. Hoffentlich wird die langerehnte Besserung für das Baugewerbe in diesem Jahre nicht ausbleiben. Allen Angelegen nach werden wir in der Stadt wie auch in den Vororten eine bessere Konjunktur im laufenden Jahre erhalten. Bei der am 25. November stattgefundenen Ergänzungswahl der Vertreter zur Innungs-Krankenkasse wurden die von uns aufgestellten Kandidaten gewählt; die Zentrumsvereinschaft erhielt 39 Stimmen weniger als wir, obwohl sie es nach ihrer eigenen Angabe nicht an Agitation hatte fehlen lassen und zur Abschöpfung als Zugmittel einen Vorkauf als Kandidaten mit aufgestellt hatte. Die Wahl mußte stattfinden, weil infolge der schlechten Konjunktur die Vertreter durch den Wechsel ihres Arbeitsverhältnisses ihre Mitgliedschaft zur Innungs-Krankenkasse verloren hatten, und nicht, wie die Zentrumsvereinschaft schreiben, wegen ungenügenden Interesses der Vertreter an der Kasse. Die Agitation auf den Baustellen ließ in diesem Jahre viel zu wünschen übrig, alle älteren Kollegen erklärten, daß sie eine derartige Hilfe noch nicht mitgemacht hätten. Durch die häufige Gefährdung, jeden Augenblick arbeitslos zu werden, ließen sich die Mitglieder gar manchen von den Unternehmern bieten und auch die Unorganisierten werden nicht so stark angefaßt, wie es oftmals notwendig gewesen wäre. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 25 Mitglieder. Jedoch ging die Mitgliederzahl von 972 im dritten Quartal 1907 auf 789 am Schlusse des dritten Quartals 1908 zurück, und am Schlusse des vierten Quartals 1908 sind nur 672 Mitglieder vorhanden. Beitragsmarken wurden verkauft 80 213 oder pro Mitglied 89 A.

Die Einnahme der Hauptkasse beträgt M. 20 229,94. Die Ausgabe gestaltete sich wie folgt: An die Hauptkasse abgegangen M. 4548,40, für Streiks und Kesperungen M. 6489,18, für Reiseunterstützung M. 572,20, für Krankunterstützung M. 334,51, für Gemeindefestunterstützung M. 809,30, für Krankunterstützung M. 3603,35, für Sterbeunterstützung M. 435, für sonstige Ausgaben M. 291,75, dem Zweigverein überwiesen M. 4745,55. Zusammen M. 20 229,94. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt infolge eines Kassenbestandes von M. 6208,33 von 1907, M. 13 485,43. Die Ausgabe M. 7618,65. Der Kassenbestand beträgt M. 5868,78.

Dieses. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung und zwar zum ersten Male in einem Gasthause (bei Herrn Gasse zu Gröndagen) ab. Kurz vor Beginn der Versammlung erschien der Wachtmeister des Grenzlinier Bezirks und erklärte, daß die Versammlung hätte auseinander werden müssen. Kollege Gomania setzte ihm auseinander, daß das für Mitgliederversammlungen gesetzlichere Vereinigungen nicht nötig ist. Das kann auch dem „Hüter“ des Vereinsgesetzes einzuwenden, denn er beschränkte sich nunmehr darauf, zu fordern, daß die

nicht während des Nachmittagsgottesdienstes lagten. Um uns nicht länger mit dem Rame herumzuführen, wählten wir bis zum Schluss des Gottesdienstes. (Zu dem Verlangen hatte der Gendarm sein Recht. Nach § 24 des Reichsvereinsgesetzes sind solche Beschränkungen nur bei Vermeidung des vorläufigen Hauptgottesdienstes zulässig. Die Redaktion des „Grundstein“.) Nachdem dann die Versammlung eröffnet worden war, erstattete Kollege Giomania der Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr. Der Vorstand hat viel Arbeit gehabt, um die Organisation so, wie gefordert zu fördern. Außer sieben Mitgliederversammlungen fand im Laufe des vierten Quartals auch eine öffentliche Mauerwahlenversammlung unter freiem Himmel statt. Kollege Giomania schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, tüchtig für den Zentralverband zu arbeiten, damit wir den etwaigen Kampf mit den Unternehmern in diesem Jahre siegreich befehlen. Nachdem auch der Kassierer seinen Bericht erstattet hatte, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Giomania und als erster Kassierer Kollege Brzenget gewählt. Den guten Abschluß der Versammlung bildete ein Rezitat des Kollegen Vande; unseres Bauvorsitzenden, über den Stand unserer Vorbereitungen. Nach dieser schon verlaufenen Versammlung erklärte uns der Wirt, daß er sehr zufrieden sei; wir werden also in Zukunft nicht mehr abdackeln sein. (Der Berichterstatter darf das Papier nicht auf beiden Seiten beschreiben. Die Redaktion.)

Essen a. d. R. (Jahresbericht). Während wir im Jahre 1907 von dem wirtschaftlichen Niedergange verschont blieben, stand das Berichtsjahr in außerordentlich hohem Maße im Zeichen der Depression. Auffallend ist das ungewöhnliche Zurückbleiben der privaten Bautätigkeit in Essen. In dieser Hinsicht ist das laufende Jahr das ungünstigste der letzten fünf Jahre und tritt noch hinter das ungenügende Baujahr 1904 zurück. Im Jahre 1904 wurden für Wohnhäuser rund 370 Bauten genehmigt. Das Jahr 1905, das als normales Baujahr angesehen werden kann, brachte es auf nahezu 500 Bauten genehmigungen. Im Jahre 1906 zeigten sich die Wirkungen der aufsteigenden Konjunktur, indem rund 800 Bauten genehmigt für Neubauten nachgekauft und erteilt wurden, ohne die zahlreichen Umbauten hinzuzurechnen. Im Jahre 1907 erreichte die Bautätigkeit mit über 470 Konzessionen wieder den normalen Stand, während im Berichtsjahre nur 337 Bauten genehmigt wurden. Die Verhältnisse in den Landorten liegen verschieden. Während in Kellingshausen und Werden-Land von einer guten Bautenkonjunktur gesprochen werden kann, ist die Bautätigkeit in Altenschen und Wobbe trotzlos zu nennen. In den übrigen Orten war mittelmäßige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Natürlich beeinflusste die Krise in äußerst ungünstigen Sinne unsere Organisation. Die Mitgliederbewegung und Beitragszahlung ist aus folgender Statistik zu ersehen:

Jahr	Durchschnittliche Mitgliederzahl	Verkaufte Beitragsmarken	Pro Mitglied	Kassenbestand am Jahresende
1906	1500	57740	38,49	7636,43
1907	1618	63091	39,23	11294,84
1908	1196	46691	39,04	12847,83

Der Mitgliederbericht ist ja leicht verständlich. Da wir in unserem Gebiet mit nur verhältnismäßig wenig anständigen Kollegen zu rechnen haben, finden bei guter Konjunktur Hunderte von ortsfremden und ausländischen Maurern reichliche Beschäftigung, während solche bei schlechten Zeiten in viel geringerem Maße herangezogen werden. Im Berichtsjahre ist es aber vorgekommen, daß einzelne Kollegen tag- und auch wochenlang arbeitslos blieben. Erfolgreich ist die Forderung, daß sich der Zweigverein Werden im dritten Quartal mit dem unigen vernehmen hat. Damit bildet jetzt der ganze Landkreis Essen ein Zweigvereinsgebiet. In manchen Orten wirkt auch das Fehlen eines Versammlungslokales hemmend auf die Entwicklung der Organisation ein. So besitzen wir in Altenschen und Wobbe immer noch kein Lokal, während in Essen durch die Kinematographen die geeigneten Säle in der Stadt bereit sind, so daß wir uns mit völlig ungenügenden Lokalen begnügen müssen. Ueber die diesjährige Arbeiterbewegung in Industriegebiet wird an anderer Stelle eine Gesamtlübersicht gegeben werden; dieselbe gilt auch für die Mauererorganisation. Bekanntlich wurden die Kollegen auf die Straße gesetzt, weil sie sich gegen die vom Unternehmerumgesetzten Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wehrten. Jedoch müßten wir hierbei feststellen, daß bei der jetzt nichtigen Auswertung die alten Bekannten die Interessen der Unternehmer in hohem Maße wahrnahmen. Die Ausgeperrten handelten nämlich in dem guten Glauben, daß genau wie für andere Staatsbürger, auch für sie das Wahlrecht da sei. Von den 30 von unserer Organisation in Frage kommenden Mauerern wurden bis Jahreschluss mit Strafen belegt: sechs Kollegen mit Strafmanteln in der Gesamtsumme von 115, weitere acht Kollegen mit Gefängnisstrafen von insgesamt 114 Tagen. Trotz alledem wurden aber die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt. Auf feindlichen Bahnen ging die Lohnbewegung der Kruppischen Kollegen in den Feuerwerksbetrieben vor sich. Durch gemeinsames Vorgehen mit den Christlichen wurde der Tagelohn für heiße Arbeit von 5,70 auf 5,90 und für kalte Arbeit von 5,30 auf 5,50 von der Firma erhöht. Rund 500 Kollegen kamen bei dieser Bewegung in Frage. In der Frage des Bauarbeiterzuschusses kann man konstatieren, daß in einzelnen Orten eine Besserung eingetreten ist. So hat man jetzt in Wobbe i. W. einen Bauaufseher, allerdings nicht aus Arbeiterkreisen, angestellt, der die Aufsicht über die Arbeiterbestimmungen mit zu überwachen hat. In einzelnen Orten, wie Wobbe, Steele und Kran, hat man Verordnungen zum Schutze der Arbeiter herausgegeben. Wenn damit auch noch lange nicht unseren Forderungen Rechnung getragen ist, so begreifen wir es doch als einen kleinen Fortschritt. Es bleibt trotzdem noch der größte Teil der Arbeit der Bauarbeiterschaft vorbehalten. Im Gewerbergericht wurden 108 Kollegen vertreten, die in

30, 60 Klagen A. 1640,29 eingeklagt hatten. Von diesen wurden 33 gewonnen, bei 5 erfolgte Einigung, 12 gingen verloren und 10 mußten zurückgezogen werden. Es wurde eine Lohnsumme von insgesamt 4.695,11 ausbezahlt. Eine eingeklagte Lohnsumme von 131,32 büßten fünf Kollegen wegen Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers ein. Die meisten Klagen wurden wegen Nichterhaltung der tarifmäßigen Gehaltssteigerung anhängig gemacht. An den meisten Gewerbergerichten im Zweigvereinsgebiet Essen werden die Angestellten der Organisation als Vertreter zugelassen. In der Rechtsprechung steht das Essener Gewerbergericht streng auf dem Boden des Vertrages, während einzelne Gewerbergerichte des Landkreises offenbar nur zur Grundlage nehmen, wenn beide Parteien organisiert sind. Die Gesetze wurden in 15 Zweigvereinsvorsitzungen erledigt. Des Weiteren fanden 5 Generalkonferenzen mit 100 Mitgliederversammlungen, 42 Baupreiserklärungen und 18 Besprechungen statt. Die vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Agitationsveranstaltungen, von welchen fünf in unserem Bezirk stattfanden, waren verhältnismäßig gut besucht. Im allgemeinen hätte der Versammlungsbesuch besser sein können. Die 339 Bände umfassende Bibliothek wurde von 197 Kollegen mit 573 Entlehnungen benutzt. Für den Ausbau der Bibliothek wurden ca. 200 aufgemandt. Zur Erledigung der Korrespondenz waren 1526 schriftliche Ausgänge notwendig, an Briefen und Postkarten gingen ein 746 Sendungen. Das verfllossene Jahr hat unseren Erwartungen nicht entsprochen. Bei jeder Gelegenheit machte sich die Depression bemerkbar. Jedoch sind wir auch in diesem Jahre in der Lage gewesen, unsere Organisation mehr zu festigen. Nicht nur die Kassenverhältnisse haben sich gebessert, sondern die Zahl der unorganisierten Kollegen ist immer mehr im Schwinden begriffen. Um diesem Ziele immer näher zu kommen, ist es aber Aufgabe aller Kollegen, mit Sand ans Werk zu legen. Jeder werde Agitator für unsere Organisation. Den Feinden zum Trotz, den Freunden zum Schutze!

Fallerleben. Am 17. Januar fand unsere Versammlung statt, die gut besucht war. Zuerst erstattete der Kassierer Wolf den Jahresbericht, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege H. Blume, als Kassierer Kollege Albert Krausch gewählt. Nachdem die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband und den Zweigverein Fallerleben geschlossen worden war, vereinigten sich die Kollegen zum abendlichen Beisammensein bei einem Glase Bier.

Freiburg i. Br. (Jahresbericht). Die Entwicklung der Organisation wird vielfach von der beruflichen Geschäftslage bestimmt. Jedoch sind auch persönliche Momente nicht selten von ausschlaggebender Bedeutung. So die ökonomischen Verhältnisse der in Betracht kommenden Arbeiter, ihre persönlichen Charaktereigenschaften, mitunter auch die Art der Organisations- und Agitationsstätigkeit usw. Wirken die genannten Faktoren günstig zusammen, so tritt erfahrungsgemäß eine meist befriedigende Vorwärtsentwicklung der Organisation ein. Für den oberbairischen Bezirk ist für das verfllossene Jahr ein günstiges Zusammenwirken jener Faktoren nicht zu konstatieren, insoweit kann von einem befriedigenden Stand der Organisation keine Rede sein. Wohl sind die ökonomischen Verhältnisse der Maurer (auch der übrigen Arbeiter) dezent, daß sie einen außerordentlich fruchtbareren Boden für die Organisation abgeben könnten. Auch bezüglich der Organisations- und Agitationsmethoden darf behauptet werden, daß sie keineswegs minderwertiger Natur waren, oder gar spärlich zur Anwendung gekommen wären. Allein die zahllosen familiären und sonstigen Einflüsse unter den ansässigen Berufsangehörigen erzeugen Eigenheiten, die das notwendige Maß von Zusammengehörigkeitsempfinden, das materielle Pflichtgefühl sowie ein tiefes Vertrauen zur Organisation bisher nicht zuließen, ja sogar die Organisationsfähigkeit wesentlich beschränken. Sehr stark hemmend wirkte auch die Verteilung der reichlichen Ertragsbeiträge. Ungleich ungünstigere Wirkungen erzeugte jedoch die herrschende Geschäftslage. Schon das Jahr 1907 ließ sehr viel zu wünschen übrig. Allein einen auch nur annähernd so geringen Umfang wie 1908 dürfte die Bautätigkeit seit mehr denn zehn Jahren nicht gehabt haben. Die private Bautätigkeit ruhte völlig. In Freiburg boten nur der Theaterneubau, zwei Schulneubauten in Vororten sowie der Neubau der Kollegengebäude etwas Arbeitsgelegenheit. In Jahr bot ein städtisches Geschäftshaus und in Waldkirch ein Kirchen- und Schulneubau sowie der Turmbau Beschäftigung. Die Konjunktur war also durchweg miserabel schlecht, obwohl das Baubedürfnis allerorts, besonders in Freiburg, sehr groß ist. Freiburg ist seit Jahren infolge seiner herrlichen Lage am Fuße des Schwarzwaldes sowie seiner Eigenschaft als Universitätsstadt wegen einer bedeutenden Fremdenstadt geworden. Ein bis zwei günstige Wirtschaftskrisen dürften genügen, Freiburg hart an die Grenze der Großstadt zu bringen. Die Sicherung der Wasserkraft des Rheins (durch das in Aussicht stehende Kraftwerk) wird zweifellos eine erhebliche Erweiterung der Industrie sowie eine Beschleunigung der Stadtentwicklung zu Folge haben. Diese Umstände gebieten angesichts der kleinbäuerlichen baulichen Beschaffenheit Freiburgs großzügige, moderne Vorbereitungen. Außerdem aber besteht schon seit Jahren ein geradezu brennendes Bedürfnis nach Arbeiterwohnungen, nach gemeinsamen Wohnstätten (Wohlfahrtswohnungen), nach kommunalen Wohnstätten- und Verkehrsgebäuden usw. Alles das hätte sehr wohl vermieden werden können, wenn die kommunale Verwaltung zeitig regulärer eingegriffen hätte. Allein in Freiburg besteht der Grundfals, die Besitzenden finanziell zu schonen, um mit möglichst niedrigen Umlagen zu zahlen zu können. Kein Wunder, wenn da nicht nur die für jene Zwecke verfügbaren Mittel, sondern auch die gezielten Vorbereitungsmaßnahmen äußerst beschränkt bleiben. Der Hauptgrund der herrschenden Zurückhaltung jedoch ist die durch die vom Vorjahre überkommenen, ungünstigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt erzeugte ungewöhnliche Vorsichtigkeit und Aengstlichkeit.

Der Beschäftigungsgrad im Freiburger Baugewerbe wird durch folgende Zahlen dargestellt. Es waren Maurer

beschäftigt: Im Juli 1905 2157, im Juli 1906 1408, im Juli 1907 936 und im Juli 1908 479. Scheidet man das Jahr 1905 aus, als ein Jahr der Konjunktur mit übernormalem Beschäftigungsgrad, und vergleicht 1906 mit 1908, so bleibt das Bild immer noch äußerst unglücklich. Dort waren beschäftigt 1408, hier nur 479; also eine Abnahme von 68 pSt. Das Unglückliche dessen eine Vorwärtsentwicklung der Organisation geradezu unmöglich ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die Hauptaufgabe bestand denn auch darin, die im Jahre 1907 sehr stark einsetzende rückläufige Bewegung aufzuhalten, das noch vorhandene zerrissene Gebilde neu zu formieren und zu festigen. Diese Aufgabe ist zweifellos völlig erfüllt worden. Im Schlusse des Jahres 1907 waren 288 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl erhöhte sich im Laufe des Jahres einige Male auf über 400. Am Schlusse des Jahres 1908 betrug die Mitgliederzahl 813, nachdem im dritten Quartal 67 Mitglieder abgereist waren. Sicherlich ist das kein befriedigendes Ergebnis, jedoch berechtigt es zu der aufgeschalteten Behauptung, die rückläufige Bewegung sei aufgehalten, zumal sich die Zunahme nicht auf zugereichte, sondern auf im Bezirk wohnhafte Berufsangehörige stützt.

Die Beitragsleistung war in der ersten Hälfte des Jahres sehr ungleich. Erst allmählich wurde sie stabiler. Alle Hindernisse und Schwierigkeiten sind jedoch zur Zeit noch nicht beseitigt, zumal es an geeigneten, mit gutem, ehrlichem Willen ausgestatteten Kollegen als Hilfsstärker mangelt. Sehr viel Mühe verurteilt es, die fälligen Beiträge nicht Mitgliederbüchern Sonntag für den Hilfsstärker bereit zu halten. Allein auch in dieser Beziehung ist ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen. Trotzdem aber gelang es nicht, bis zum Jahreschluss alle Beiträge einzuziehen. Es blieben zirka 600 Beiträge rückständig. In der Beitragshöhe ist eine kleine Verringerung eingetreten. Die Beitragsmarken zu 40 und 45 sind infolge der Lohnveränderungen ausgeschaltet und durch Marken zu 50 ersetzt worden. Gegenwärtig führt der Zweigverein nur noch Marken zu 50 und 55 z. infl. 5 z. Lokalfußschlag. Verkauf wurden insgesamt 11.808 Beitragsmarken und 987 Marken für Ertragsbeiträge.

Die Einnahmen für die Hauptkasse stellen sich im einzelnen folgendermaßen: Der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug 21.500, für 166 Eintrittsmarken zu 50 z. wurden vererinnert 83, für 31 Eintrittsmarken zu 1,50 M. 46,50, für 1 M. 3, für 688 Marken für Arbeitslose zu 25 z. M. 167, für 100 Beitragsmarken zu 35 z. M. 35, für 827 zu 40 z. M. 330,80, für 502 zu 45 z. M. 225,90, für 10.879 zu 50 z. M. 543,95, für 4 Ertragsbeiträge M. 1, sonstige Einnahmen M. 4,20, Zuzuschuß aus der Hauptkasse in bar M. 200, 889 Ertragsbeiträge zu 50 z. M. 444,50 und 98 Ertragsbeiträge zu 40 z. M. 39,20; zusammen M. 6798,10. In die Hauptkasse sind gelangt M. 2588,44, an Besoldungszuschuß wurden abgegeben M. 1467,59, für Reueinstellung im Winter unterstützung M. 69, für Krankenunterstützung M. 735,45, für Sterbeunterstützung M. 90, für Lohnbewegungen und Spenden M. 34,68; der Anteil des Zweigvereins an Eintrittsgeld und Beiträgen betrug M. 1435,34. Die Kassenverhältnisse des Zweigvereins ruhen zur Zeit auf seiner glücklichen Unterlage, jedoch ist der Zeitpunkt für eine durchgreifende diesbezügliche Reform noch nicht gekommen. Immerhin wird es möglich allerdings bei äußerst rationaler Wirtschaft, einen Kassenbestand von M. 314,23 anzufammeln. Die Einnahmen der Lokalkasse sind: Kassenbestände vom vorigen Jahre M. 340,88, Anteil an Eintrittsgeld und Beiträgen M. 1435,34, Lokalfußschläge M. 690,40, Besoldungszuschuß aus der Hauptkasse M. 1467,59, für Statistik vom Bau und der Bauarbeiterkommission M. 150, Lokalfassenbestand von Waldkirch M. 51,24, Feiertagsbeitrag Freiburg M. 98,40, Waldkirch M. 25,28, M. 123,68; Lohnbewegungskosten (Erlaß aus der Hauptkasse) M. 272,95, für Kalender M. 69, für Protokolle M. 3,40, für Broschüren (Verteilung der Arbeiterzeitung) M. 7, für Futterale M. 3,80, frühere Darlehen und verrentete Beitragsgelder zurück M. 108,11, Arbeitslohn für den Beamten beim Verbandstag (von der Hauptkasse) M. 35, frühere Agitationskosten vom Bauführerverband M. 118,20, von den Jahren Unternehmern Beiträge M. 33,50, sonstige Einnahmen M. 21,80; zusammen M. 4821,89. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen: für Kalender M. 58, für Protokolle M. 14, für Futterale M. 5, für „Grundstein“-Einsendebote und Ertragsbuch M. 1,35, für Beiträge an den Bauortstand M. 72,70, für Lohnbewegungen M. 272,95, für Ortsunterstützung in Waldkirch M. 15,60, für daselbe an Waldkirch M. 20, für die Bibliothek M. 51,02, für Agitation M. 326,10, für Statistik M. 199,80, für Delegation zur Gaukonferenz M. 18,90, für persönliche Verwaltung: Vorsitzender M. 13, Kassierer M. 2058,34, Sitzungsgelder M. 39,50, Revisoren M. 7,70, Versicherung M. 53,76, sonstige Ausgaben M. 22,35; für sachliche Verwaltung: Porto und Beistellgeld M. 218,84, Bureauanteile, Reinigung und Feuerung M. 292,72, Schreibmaterial M. 78,15, Druckkosten M. 88,45, Kolportage des „Grundstein“ M. 433,71, sonstige Ausgaben M. 29,95, Verschriebenes (alte Unterlagungen) M. 118,77; zusammen M. 4505,66.

In der inneren Verwaltung wurde in finanzieller Beziehung eine Verringerung vorgenommen. Es ist das die Zentralisierung der Kassenverhältnisse. Die einzelnen Mitgliedschaften des Zweigvereins behalten nicht mehr als früher bestimmte Anteile der verkauften Beitragsmarken an Ort, sondern sie haben den vollen Betrag der Einnahmen an die Zweigvereinskasse abzuführen. Aus dieser werden abwärts entstehenden Ausgaben jeder Filiale gedeckt, jedoch nach vorheriger Prüfung diesbezüglicher Vorlagen. Es besteht die Hoffnung, daß diese Zentralisierung gesunde Kassenverhältnisse fördern wird. Im Gegenfalle hierzu wurde in organisatorischer Beziehung ein Eindeutigkeitstages vorgenommen. Aus den Stammmitgliedschaften der Arbeitorte wurden die Mitglieder anderer Orte ausgeschieden, um abwärts eine eigene, selbständige Filiale für sich zu bilden. Dadurch rücken alle Mitglieder näher an die Zentrale des Zweigvereins heran, die Leitung hat eine größere Ueberwachbarkeit, die gesamten Organisations- und Agitationsarbeiten gewinnen dadurch an Pünktlichkeit und Intensität und schließlich ist die Ausbreitungsmöglichkeit größer, weil die Tätigkeit auf eine größere Anzahl Kollegen verteilt ist. Die Agitation wurde

die Kollegen zu reger Beteiligung an der Gewerbegerichts-

Lindow i. b. Mark. Am 17. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Vereinsvorstandes. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege W. Schulz und als erster Kassierer der Kollege G. Hollmann gewählt. Hierauf wurde beschlossen, in das Lokal des Herrn Aug. Staats übersiedeln, da der bisherige Wirt keine Wirtschaft verkauft hat. Sodann wurde über die Affordarbeit verhandelt. Es wurde beschlossen, keine Affordarbeiten zu verrichten, wer dies dennoch tut, soll ausgeschlossen werden. Nachdem hierauf noch drei Kollegen ihre rückständigen Beiträge entrichtet hatten, folgte der Beschluss der Versammlung. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei August Staats in Lindow, Breitestraße.

Muskau. Sonntag, den 17. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine erste diesjährige Versammlung ab, in der der erkrankte Vorstand neu gewählt wurde. Es wurde zuerst der Vorsitzende August Metz wieder gewählt, als erster Kassierer wurde Oskar Weisser einstimmig wiedergewählt. Von der Wahl einer Wahlkommission wurde Abstand genommen. Ertl soll der Gauvorstand benachrichtigt werden und im Februar noch einige Angelegenheiten bei einem Unternehmer regeln; denn der Unternehmer Fiedler in Keula reduzierte den Lohn von 42 3 auf 40 3 und dann gleich bis auf 30 3, worauf die Kollegen die Arbeit niederlegten.

Myran. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein seine Hauptversammlung ab. Dem Kassierbericht zufolge hatte die Lokalfasse eine Einnahme von 462,60 und eine Ausgabe von 266,60, der Kassensbestand beträgt 185,91. An die Hauptkasse wurden 478,51 abgehandelt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kassensführung. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Die als erster Vorsitzender und Kollege Müller als erster Kassierer gewählt. Auf Antrag der Kollegen Franz und Dörfel beschloß die Versammlung die Besichtigung der Landeskonferenz für Bauarbeiterbeschäftigung, als Delegierter wurde Kollege Dörfel gewählt. Zum Schluss wurde beschlossen, dem verstorbenen Kollegen Wenz einen Kranz zu spenden.

Nauen. Sonntag, den 17. Januar, tagte unsere Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Zunächst erstattete der Kassierer den Jahres- und Kassensbericht, worauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt wurde. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden Kollege A. Berger als erster Vorsitzender und Kollege W. Diebenthal als Kassierer wiedergewählt. Weiter wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die Unternehmer den Tarif zum 1. April gekündigt haben, aber zum Verhandeln bereit sind. Es herrschte nach dieser Bekanntgabe nur eine Stimmung unter den Kollegen, auch nicht eine Spur von den alten Ertragskonditionen preiszugeben. Es wurde den Kollegen der Zweck der Arbeitslosenversicherung erklärt und jedem ein Betrag geleigt, die Arbeit genüßhaft auszuführen, um brauchbares Material zu erhalten. Nachdem den Kollegen bekannt gegeben war, daß die Versammlungen jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im „Schützenhause“ stattfinden, wurde die Versammlung geschlossen.

Neuba. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von 24 Mitgliedern besucht war. Nachdem der Kassierer, Kollege Bauer, den Kassensbericht (der mit großem Interesse aufgenommen wurde) erstattet hatte, wurde ihm Entlassung erteilt. Der Kollege Fr. Theile beantragte: Bei Unfällen von der ersten Woche für das ganze Jahr, bei Krankheitsfällen von der vierten Woche an für 26 Wochen, und zwar in der Zeit vom 1. März bis 30. November, pro Woche 1 Unterzahlung der Kostante, zu zahlen. Ferner stellte der Kollege Joubert den Antrag, den im verflochtenen Jahre durch Unfall zu Schaden gekommenen Kollegen Bauer, Rathig und Kaulwall pro Woche 50 3 Krankenunterstützung zu gewähren. In den Vorstand werden die bisherigen Mitglieder mit Ausnahme des stellvertretenden Kassierers sowie der stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Mit einem kleinen Appell des Vorsitzenden, im neuen Jahre immer mehr vorwärts zu treten, erfolgte der Schluss.

Neberan. Am 17. Januar tagte unsere Generalversammlung. Die Kollegen waren schon acht Tage vorher von der Versammlung in Kenntnis gesetzt und erfuhr vorher, zahlreiche zu erscheinen. Aber nur 4 von 40 Mitgliedern hielten es für notwendig, der Versammlung beizuwohnen, die aber selbstverständlich vertagt werden mußte. Als Vorsitzender muß man sich schämen, einen solchen Bericht im Vordergrund aufnehmen zu lassen, es ist aber auch nicht falsch gehandelt, der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen verbandessigen Kollegen man zu tun hat. Man wird die Kollegen von Neberan und Umgebung mit einer Drohsche aus ihrer Wohnung abholen müssen, um sie nur einmal ins Versammlungslokal zu bringen, und nur einmal eine zahlreiche und beschlußfähige Versammlung zu sehen, da seit zwei Jahren keine solche stattgefunden hat. Die nächste Versammlung ist am 14. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Neberan. Am 17. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Anwesend waren 19 Mitglieder. Der neue Vorsitzende gab bekannt, daß in der nächsten Zeit in unserem Parteilokal ein Vortrag von der Streikbewegung stattfinden soll; dann gab er bekannt, daß vom Gewerkschaftsamt eine Arbeitslosenversicherung stattfinden soll. Hierauf verlas der frühere Vorsitzende den Quartals- und Jahresbericht, wogegen nichts einzuwenden war. Da der frühere Kassierer nicht anwesend war, konnte ihm keine Entlassung erteilt werden. Hierauf fanden zunächst die Neuwahlen der Gewerkschaftsdelegierten statt. Dann sprach sich Kollege W. Reichardt über den früheren Schriftführer aus und betonte, daß die Protokolle vernachlässigt worden seien, auch sei der frühere Schriftführer mehrmals beauftragt worden, dem „Grundstein“ einen Bericht einzusenden, was leider nicht geschehen sei. Er erwähnte den neuen Schriftführer, Kollegen Ehrhardt, besser seines Amtes zu walten als der Kollege G. Köffer, was er auch versprach.

Neberode i. C. Sp. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Kollege Zulewski, den

Kassen- und Jahresbericht. Dann hielt Kollege Wendowski aus Grubenberg einen Vortrag über die Aufgaben, die an bevorstehend. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, daß jeder Kollege seine Pflicht der Organisation gegenüber nachdachte, schloß Wendowski seinen Vortrag. Bei der Wahl wurde der Kassierer W. Schulz gewählt, aber auch ausgesprochen, daß wohl zum ersten Mal die Versammlung in Osterode in wirklich ruhiger und sachlicher Weise zu Ende geführt wurde. Goffen wir, daß der Geist, der in der Versammlung herrschte, für alle Zeit bestehen möge! Dann wurde in die Besprechung der Lohnfrage eingetreten. Kollege Wendowski empfahl, aus tatsächlichen Gründen definitive Beschlüsse nicht zu fassen, sondern damit zu warten, bis die Zeit für uns am besten ist, welchem auch die Versammlung zustimmte. Die Vorstandswahl ergab, daß sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Zur Frage der auszuschreibenden Arbeitslosenversicherung soll eine Vorstandsstellung gestellt werden. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Wendowski wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften geschlossen.

Potsdam. Die am 18. Januar abgehaltene Maurer-Versammlung, die trotz ihrer Wichtigkeit in schwachem Besuche war, daß der Vorsitzende Veranlassung nahm, auf die Ineresslosigkeit der Kollegen hinzuweisen und die Folgen davon zu führen, welche hierdurch entstehen, nahm zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal entgegen. Den Einnahmen der Hauptkasse im Betrage von 2621,06 fehlte eine Ausgabe von derselben Höhe gegenüber. Die Lokalfasse weist eine Einnahme von 828,74 gegenüber einer Ausgabe von 737,08 auf, so daß ein Bestand dieser Kasse von 8091,66 vorhanden ist. Nunmehr wurde der Jahresbericht erstattet, welchem wir folgendes interessante Bild entnehmen: Am Schlusse des Jahres waren 414 Mitglieder vorhanden. Hierunter befindet sich ein Ehrenmitglied. Im vergangenen Jahre neu eingetretene sind 30 Mitglieder, 10 hiervon waren bereits früher einmal Mitglieder. Zugereist sind 66, abgereist 74, ausgetreten und ausgeschlossen je 1 Mitglied, durch den Tod wurden 3 Kollegen verloren. Wegen rückständiger Ertragsbeiträge mußten außerdem 15 Kollegen gestrichen werden. Neben 13 Sitzungen des Vorstandes fanden 13 Mitgliederversammlungen statt. Aus den Einnahmen der Lokalfasse ist unter anderem zu erwähnen, daß zu Anfang des Jahres ein Bestand von 8514,06 vorhanden war. Zugelassen sind 2474,24 aus Anteilen an Beitragsmarken und Eintrittsgeldern und 71,50 für 1430 örtliche Zugangsmarken à 5 3. Unter Zuzurechnung verschiedener kleiner anderer Einnahmen ergibt sich die Summe von 6207,20. Von dieser Summe wurden 3466,41 verausgabt und zwar für Verbandskalender, Protokolle ufm. 43, Beiträge an den Gauverband 88, an das Gewerkschaftsamt 170,80, an die Arbeiterbibliothek 42,40, an den Wahlverein 53, Gemahrgeldestenunterstützung am 1. Mai 42, Ortsunterstützung in besonderen Notfällen 523, an reisende Kollegen 12,16, Vergebender 185, für Migration 65,30, Delegation zu Autonomen 10, 40, statutarische Aufnahmen und Bautenkontrollen 135,10, Ehrung verstorbener Mitglieder 12, für persönliche Verwaltungskosten 654,70, sachliche Verwaltungskosten 850,80 und dergleichen mehr. Zahlreicher war eine zu verzeichnen. Leider war im Vorjahre ein durchgängig schwacher Versammlungsbetrieb zu verzeichnen. Es scheint, als ob ein großer Teil der Kollegen sich der Wichtigkeit der Versammlungen noch nicht bewußt ist. Wollen wir hoffen, daß in dieser Beziehung das neue Jahr eine Besserung bringt.

Reichenbach i. Vogtl. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein eine mäßig besuchte Versammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassensbericht vom dritten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 845,05. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 600,78, die Ausgabe 281,11, so daß ein Kassensbestand von 1139,67 vorhanden ist. Den Jahresbericht erstattete Kollege Ludwig. Es fanden im Berichtsjahre in Reichenbach 13, in Lengsfeld 5 Versammlungen statt. In Reichenbach wurde eine Haspeltische gegründet. Wegen Lohnreduzierung fanden in Reichenbach drei Versammlungen statt; aber wegen der schlechten Organisation mußte man schließlich von einer Hauptversammlung absehen. Des weiteren berichtete er auch über die Bewegung im allgemeinen und hob hauptsächlich hervor, daß die Beitragskassierung besser geworden sei. Hierauf wurde dem Kassierer nachdem sich die Revisoren über die Kassengeschäfte ausgesprochen hatten, laut Antrag Entlassung erteilt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Hierauf folgte der Bericht der Parteidelegierten und die Wahl derselben. Die Kollegen Ludwig und Doll wurden wieder- und Kollege Dörfel neu hinzu gewählt. Dann wurde die Schaffung einer Gewerkschaftsberberge besprochen. Nach einer ausgiebigen Debatte beschloß man, 50 aus der Lokalfasse zur Errichtung einer Berberge zu entnehmen. Des weiteren wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag über: „Soziale Gesetzgebung“ halten zu lassen. Auf die Arbeitslosenversicherung am 29. Januar wurde noch besonders hingewiesen. Schließlich wurde noch die Besichtigung der Bauarbeiterbeschäftigung, die am 12. April in Dresden stattfindet, als notwendig anerkannt.

Riesa. Am 10. Januar tagte unsere Jahresversammlung. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 302. Es ist ein Rückgang von 30 Mitgliedern zu verzeichnen, was auf die schlechte Baukonjunktur zurückzuführen ist, da viele in andere Berufe übergehen mußten und abtraten. Im Monat August waren hier nur 144 Maurer beschäftigt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 4933,55, die der Lokalfasse 3308,27. Die Ausgabe derselben betrug 1844,28, mithin bleibt ein Kassensbestand der Lokalfasse von 1521,99, davon sind in der Sparte von Riesa 1317,64 angelegt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassierer, Kollege Wölke, wurde entlassen. Auf Grund des neuen Vereinsgesetzes ist es ungestattet, einen Zweigverein zu gründen, was denn auch geschah. In die Verwaltung wurde Kollege Wölke als erster Vorsitzender, und als erster Kassierer Kollege Wölke gewählt.

Rothsch. Sonnabend, den 16. Januar, fand hier die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt, die leider sehr schwach besucht war. Von 170 Kollegen waren 27 erschienen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Die Gesamteinnahme der Lokalfasse betrug 808,70, inklusive 824,24, die Ausgabe des Bestandes betrug 307,34, mithin Kassensbestand 490,42, wovon 400 bei der Sparte besetzt sind. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Es folgte dann die Wahl von fünf Kollegen zur Aufnahme der Statistik über die Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sind jetzt fleißig dabei, Lohnabzüge zu machen. Der bekannte Oberdachmacher, Wauer- und Zimmermeister G. Albrecht, zahlte im Spätherbst nur seinen alten Leuten den tarifmäßigen Lohn von 45 3, den anderen Kollegen zahlte er 43 3 und die meisten von den zuletzt angefangenen bekommen 42 3 Stundenlohn. Zeit hat der Unternehmer 5. Umzüge den tarifmäßigen Lohn von 45 3 auf 42 3 heruntergesetzt. In Weesna, dem Wohnorte des betreffenden Unternehmers, ist er noch ein Stück weiter gegangen, dort ist der Lohn von 39 3 auf 30 3 heruntergesetzt worden. Leider haben die Kollegen den Mut verloren. Bei den Kollegen ist eine große Ineresslosigkeit bemerbar, sie lassen alles über sich lange dauern. Wenn es so weiter geht, dann wird es nicht lange dauern, dann bekommen wir 25 3 pro Stunde.

Schwern i. M. Am 17. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Bohndorf erstattete als Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 944,44. Die Ausgabe wies die gleiche Summe auf. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 630,37 und eine Ausgabe von 242,96. Kassensbestand der Lokalfasse 887,41. Die Kollegen Blauy und Ode brachten den Vorschlag, daß Bücher, Karten und Geld in besserer Ordnung beigegeben werden sollen. Der Kassierer wurde entlassen. Im Jahresbericht heißt es: Am Schlusse des Jahres 1907 hatte unser Zweigvereinsgebiet schon bedeutend unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Das trifft für das Jahr 1908 in noch größerem Maße zu. Wenn auch im Frühjahr einige städtische Arbeiten in Angriff genommen wurden, so konnte hieran nur ein ganz geringer Teil unserer Kollegen beschäftigt werden. Die Mehrzahl mußte mit den vorkommenden Minderarbeiten vorlieb nehmen, und ein großer Teil mußte außerhalb auf dem Lande oder in den kleinen Städten für 45, 42 und auch 40 3 Lohn arbeiten, denn in den größeren Städten war es ebenfalls, mit wenigen Ausnahmen, mit der Arbeit schlecht bestellt. Bemerkenswert ist ferner noch, daß unser mit der Stellung abgeschlossener Tarif, der bekanntlich am 14. März dieses Jahres abläuft, rechtzeitig von den Maurern und Zimmerern gekündigt worden ist. Was die Abschließung eines neuen Tarifes anbelangt, so müssen wir eine abwartende Stellung einnehmen; jedenfalls dürfen wir uns nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, und dies um so weniger, als die Lausitzer und Ineresslosigkeit unserer Kollegen hier allgemein eingerissen ist. Von durchschnittlich 170 Kollegen besuchten im günstigen Falle nur 30 die Versammlungen, ja verschiedene Versammlungen mußten wegen schlechten Besuchs ausfallen. Von der politischen Betätigung unserer Kollegen ist kaum zu reden, sind doch von 180 Mitgliedern kaum 50 organisiert. In früheren Jahren durften wir uns nicht politisch organisieren, sondern mußten unter falscher Flagge segeln; jetzt, wo auch uns Mecklenburgern auf Grund des neuen Reichvereinsgesetzes das Recht zusteht, Wahlvereine zu gründen, hält die Mehrzahl der Kollegen es nicht für nötig, sich dem Wahlverein anzuschließen, um agitatorisch und organisatorisch unter der Arbeiterschaft zu wirken, damit es endlich mal Licht wird in den Köpfen und wir durch geeignete Vertreter aus unseren Reihen in den Parlamenten mehr Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen. Ähnlich liegt es mit der Arbeiterpresse. Ist doch nur ein geringer Teil unserer Kollegen Leser der „Mecklenburgischen Volkszeitung“. Die übrigen haben noch nicht eingesehen, daß sie durch Abonnement der bürgerlichen Wäiter den Gegnern nur Munition zu unserer Befämpfung liefern. In frischer Erinnerung ist weiter die Angelegenheit mit der Firma Clewer. Auch fehlte einigen Kollegen das Sozialbaritätsgesühl, sie ließen sich von anderen Gesichtspunkten leiten, und betrieblideweiße mußte der Zweigverein sich ausschließen, um das Ansehen des Verbandes zu wahren. Im ersten Quartal waren 177 Mitglieder vorhanden, im zweiten Quartal 189, im dritten 187 und im vierten Quartal 180. Neu eingetretene sind im Berichtsjahre 21, davon waren 4 früher schon einmal Mitglieder. Zugereist sind angemeldet sind 45, abgereist und abgemeldet 51, ausgetreten 4, ausgeschlossen wurden 3, und wegen rückständiger Beiträge sind 3 Kollegen gestrichen worden. Die Einfassung der Beiträge kann man als gut bezeichnen, wenngleich einige Restanten vorhanden sind. Es schulden 1 Kollege 4 Wochen, 2 Kollegen 5 Wochen, 2 Kollegen 8 Wochen, 3 Kollegen 12 Wochen, 5 Kollegen 13, und 2 über 13 Wochen, also insgesamt 15 Kollegen 150 Beitragswochen. Es haben aber schon etliche Restanten um Erstattung der Beiträge beim Vorstand gebeten, so daß diese Kollegen hoffentlich nicht verloren gehen. Leider mußten auch noch drei Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Die Tätigkeit des Vorstandes läßt sich einigermaßen daran erkennen, daß im Berichtsjahre 16 Vorstandssitzungen nötig machten. Versammlungen wurden 15 abgehalten und eine öffentliche. Der Zweigvereinsvorstand überzeugte sich viermal von der Wichtigkeit der Kassensberberge, die stets in guter Ordnung waren. Wenn auch unser Zweigverein im verflochtenen Jahre durch große Arbeitslosigkeit schwer heimgeschlagen wurde, so gebührt doch allen Kollegen, die stets ihre Pflicht erfüllt haben, Dank. Können auch im neuen Jahre der Zweigvereinsvorstand, die Kassierer, und alle Mitglieder sich ihrer Pflicht stets bewußt sein. Der Lohn dafür wird nicht ausbleiben, wenn wieder eine bessere Wirtschaftslage eintritt. Der Vorkoster gestattete sich Wirkungsmaßregeln: Eingegangen sind 23 Briefe, 9 Karten und 33 Druckfaden, ausgegangen sind 41 Briefe und 69 Karten. Die Kassensberberge unseres Zweigvereins sind folgende: Einnahme 1291,74, Ausgabe 4.909,33, Kassensbestand bleibt am Schlusse des Quartals 887,41. Bei

die Kollegen nahmen am Montag, den 11. d. M., die Arbeit wieder auf. Herr Ritter hingegen ließ den Streikenden die Mitteilung zugehen, bis Montag, den 11., die Arbeit nicht wieder aufgenommen habe, könne sich als entlassen betrachten. Der gewünschte Erfolg blieb selbstverständlich aus, auch nicht ein einziger von den am Streik Beteiligten ließ sich irren machen und ging auf den Streik, im Gegenteil, es kam noch ein Kollege, der auswärts gearbeitet hatte, hinzu. Die streikenden Kollegen denken aber auch nicht daran, Herrn Ritter diesen Gefallen zu tun, sondern sie sind fest entschlossen, den ihnen in mutwilliger Weise aufgezwungenen Kampf nicht früher abzubrechen, bis die Firma diese durchaus berechtigten Forderungen anerkannt hat. Und sie wissen auch, daß sie dabei nicht nur ihre Kollegen in ganz Deutschland, sondern die gesamte organisierte Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben. Tief bedauerlich aber ist es, daß die Kollegen wegen einer derartigen zeitgemäßen Forderung überhaupt erst noch streiken müssen. Denn der materielle Nachschub für den Unternehmer ist so gering und wird obendrein durch den moralischen Gewinn hundertfach wieder aufgehoben, daß man es direkt als böswillig und kurzfristig bezeichnen muß, wenn es ein Unternehmer deswegen erst zum Streik zwingen läßt. Das Moralische aber liegt darin, daß es der Kolleger in Zukunft nicht mehr nötig hat, sich vom Auftraggeber seiner Firma mehr Stunden beschneigen zu lassen, als er gearbeitet hat. Er weiß dann, daß er nur 10 Stunden zu arbeiten und auch nicht mehr zu beanspruchen hat. Mehr aber wollen die Kollegen mit ihrer jetzigen Forderung vorläufig nicht erreichen. Sie wollen denselben Lohn, den sie bisher dadurch erzielt, daß sie mehr Stunden angaben, als sie in Wirklichkeit gearbeitet hatten, was aber unter stillschweigender Zustimmung der Unternehmer geschah, weil sie in vielen Fällen ebenfalls noch Ruhe davon hatten. Dann würden sie aber auch sehr genau, daß mit wenigen Stunden bei den geringen Löhnen niemand auskommen konnte. Welchen Unannehmlichkeiten durch das bisherige System der Kollegen sehr häufig ausgegesetzt war, kann man sich denken, wenn man in Betracht zieht, daß in den meisten Betrieben, wo er im Auftrage seiner Firma Arbeiten ausführen mußte, längere eine weit längere Arbeitszeit besteht, die der Kolleger ebenfalls einhalten muß, da es kein Fabrikbesitzer duldet, daß nach Schluß des Betriebes, wo alles heraus muß, fremde Arbeiter oder Handwerker allein weiter arbeiten; das gestattet sie schon aus sehr naheliegenden Gründen nicht; es heißt dann eben: Sie müssen ebenfalls raus! Wenn dann aber der Kolleger, sei es am Wochenstutz oder nach Fertigstellung der Arbeit mit dem Stundenzettel erscheint, damit ihm die Zahl der Stunden festgelegt wird und auf sein vermeintliches gutes Recht pocht, wie er es nicht anerkennen will, 12 Stunden täglich aufgeführt hat, dann heißt es: Mann, Sie haben doch nur so und soviel Tage hier bei uns gearbeitet, wie kommen Sie denn zu dieser Anzahl von Stunden? Dann heißt der Kolleger da, wie ein bei der Höhe entappter Schulbuße. Er wendet dann ein, daß er doch stets 12 Stunden erhalte, weil er doch sonst nicht zureichende Löhne. Dann bekommt er es vielleicht zu hören, welchen Stundenlohnpreis der Unternehmer für ihn vom Auftraggeber erhält, und es folgen dann oft Worte der Entrüstung über ein derartiges Geschäftsgeheben, daß man nur wünschen kann, der betreffende Arbeitgeber möchte sie selbst ändern. Man sollte daher erwarten, daß auch die Firma Biegner & Fröhlich zu der Einsicht kommen müsse, daß es nur zu ihrem eigenen Vorteil ist, wenn sie ihren bisherigen hartnäckigen Standpunkt aufgibt und den Tarif wie alle anderen Firmen, anerkennt. Letzter aber wird die Firma in ihrem unangebrachten Widerstand durch das unjohndische Verhalten einiger jener besonders nützlichen Elemente aus unferen eigenen Reihen bestätigt, indem jene, anstatt mit ihren Arbeitsbrüdern gemeinschaftliche Sache zu machen, diesen in den Rücken fallen und Arbeitswilligendienste verrichten. Freilich Staat kann die Firma mit diesen Leuten nicht machen. Wenn wir nur einen dieser Gelder hier namhaft machen, werden die Kollegen Deutschlands sofort wissen, von welchem Kaliber sie beschaffen sind; es ist der ehemalige Kassierer der Zahlstelle Chemnitz, Hermann Fiebig, der bereits seit April vorigen Jahres einen fortgesetzten Kampf gegen die dortige Organisation führt. Der Streit kam ihm daher auch recht willkommen, nun konnte er seine Sache befriedigen. Seinen Zweck wird er jedoch nicht erreichen. Aus welcher idealen Beweggründen Fiebig dieses tut, wollen wir ebenfalls nicht verschweigen, damit die Öffentlichkeit erfährt, welche schöne Eigenschaften diese Stütze des Kapitalismus besitzt. Sein ganzer Wille und Haß gegen die Organisation ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sie es ablehnt, auf sein Verlangen gegen die Firma Westhof Stellung zu nehmen, von der er wegen betrügerischer Manipulationen entlassen worden war. Es stellte sich nämlich bei der Abrechnung heraus, daß er circa 60 Stunden in Anrechnung gebracht und auch ausgezahlt erhalten hatte, für die er in Wirklichkeit keine Arbeit geleistet hatte, was er aus dem einfachen Grunde nicht konnte, weil er zu derselben Zeit als Delegierter in Berlin war. Das hatte er aber seiner Firma verschwiegen und sie in dem Glauben gelassen, er sei auswärts auf seiner Arbeitsstelle und erfülle dort als Kolleger seine Pflicht. Selbstverständlich hatte Fiebig, wie jeder andere Delegierte, für die verbliebene Zeit die von der Organisation festgelegten Diäten erhalten. Ein anderer an seiner Stelle wäre in diesem Falle ganz still gewesen und hätte seine Schöpfer gedankt, daß ihm die Firma nicht noch wegen Betrugs zur Anzeige brachte. Anders natürlich bei Fiebig. Er stülpte sich abendreich noch als gemagregelt und verlangte die Unterjüngung der Organisation, selbstverständlich wurde diese unverständige Zumutung gehörend zurückgewiesen. Diese Tatsachen aber sind dem Inhaber der Firma Biegner & Fröhlich ebenfalls längst bekannt, dies aber fällt zur Zeit nicht ins Gewicht; denn die Erfahrung hat uns gelehrt, daß das Unternehmensum in der Auswahl seiner Arbeitswilligen niemals wünschenswert ist und daß sich derartige Elemente noch eines ganz besonderen Schutzes erfreuen. Aber auch Herr Ritter wird noch zu der Erkenntnis kommen, daß es sein eigener Schaden ist, da gerade seine allerbesten Arbeiter die Arbeit niederlegten, die sie auch nicht früher aufnehmen, bis die Forderungen anerkannt sind. Denn ein Tagelohn von

7,50 auswärts und bei geüblicher Arbeitszeit ist bei den heutigen Verhältnissen doch länger nicht zu hoch, zumal, wenn man bedenkt, daß der Kolleger dabei zwei Gehaltskategorien führen muß. Die Chemnitzer Kollegen aber erwarten in erster Linie von ihren Kollegen aus anderen Orten, daß sie den Bezug nach Chemnitz streng fernhalten, daß aber auch alle Bauhandwerker, besonders wenn wir uns an die Maurer, und ihre moralische Unterstützung zu teil werden lassen. Alle Anfragen sind zu richten an den Ortsvorstand der Zahlstelle Chemnitz, Restaurant Etler, Döhrstraße 25, oder an die Geschäftsleitung des Verbandes der Kollegen und Steinholzleger, Berlin C. 64, Steinstr. 33, Hermann Lange.

Dresden. Die Kollegen und Steinholzleger hielten ihre erste diesjährige, Mitgliederversammlung am 17. Januar im Volkshaus ab. Kollege Günther erklarte den Jahresbericht des vergangenen Jahres, der als richtig anerkannt wurde. Der Antrag des Volkshausauschusses, das Volkshaus betreffend, der durch das Gewerkschaftsamt der Gewerkschaften angestellt worden ist, wurde von der Versammlung anerkannt. Für die Kassenarbeit wurden 15 aus der Kasse bewilligt. Den Kollegen Ernst Jakob und Krensch, die wegen rückständiger Beiträge geschrien waren, wurde die Aufnahme in der nächsten Versammlung zugesichert, wenn sie bis dahin ihren Verpflichtungen nachkommen sind. Gegen den Kollegen Wilhelm, der den Kollegen Regel zu Unrecht verurteilt hatte, kamen noch ein paar Fälle wegen unjohndischen Verhaltens der Organisation gegenüber zur Sprache. Da Kollege Wilhelm nicht anwesend war, wird er erst in der nächsten Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden. Allen Kollegen nochmals zur Nachricht, daß unsere Versammlungen wie bisher jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, vormittags präzis 11 Uhr, im Volkshaus beginnen. Nur wegen der Wahlrechtsprobenversammlungen konnte diese erst nachmittags stattfinden.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 17. bis 23. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Mühlenturm a. d. H. 400, Brenden 400, Hamburg-Großmarkt 300, Stralitz 200, Rosenau 200, Lehm 200, Hausberg 200, Bärgeheide 180, Lüneburg 250, Breiten 150, Erbsahl 150, Heideberg 100, Adarishausen 100, Werber a. d. Elbe 90, Gurgahn 50, Gergast 50. Summa M. 3000.

Zuschüsse erhielten: Kl. M. 600, Mühlenturm 500, Danzig 500, Schwerin I. Width. 400, Grahndorf 400, Eutritzsch 300, Götze 400, Fährwalde 300, Sals a. d. Saale 300, Werkschütz 300, Nowawes 300, Mannh. 300, Mühlberg 300, Bärgeheide 300, Götze 300, Pirna 200, Böhly l. Romm. 200, Dierberg l. d. Pf. 200, Landenebe 200, Dresden-Erlenen 200, Meindorf 200, Dueselburg 150, Werly l. d. Warf 122,50, Ehrlich a. S. 100, Arnhab 100, Pomm 100, Pflanz 100, Schindl 100, Wiedenburg 100, Hann-Wilken 100, Heilgen 100, Eilerlein 100, Schönhausen a. d. Elbe 80, Dierdorf 80, Eggersdorf 75, Niederbreititz a. Mf. 70, Moorburg 80, Neuhaus a. d. Elbe 60, Werlitz 60, Wombach 25. Summa M. 8482,50.

Altona, den 28. Januar 1909.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen E.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Vorkäufungen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Cera. Infolge mangelhaften Aufzugsgerätes bei der Aufstellung eines eisernen Dachflusses wurde am Bau der Bergzugerfabrik von Harnisch der Maurer Regel aus Flossen schwer verletzt. Statt eines Treibhohes hatte man nur einen einzelnen Baum aufgestellt und daran den Flöschungsbefestigt. Der Baum schlug um und traf den W. in den Rücken. Die Aufzugs- und Aufstellungsarbeiten wurden von Eisenarbeitern ausgeführt.

Lützen. Am 20. Januar fiel auf dem Ausbau der Dampfmaschine Herzog & Co. beim Aufsteigen von Bauholz ein Balken aus dem Stiel und traf einen Kollegen, der dadurch sehr schwer am Kopfe verletzt wurde.

Nordhausen. In dem Steinbruch der Firma Krieger im benachbarten Hstrungen hat sich am 23. Januar ein schreckliches Unglück zugezogen. Zwei Leute, der Maurer Fr. Eiling aus Nordhausen und der Schiefermeister Wilhelmmann, waren dabei, einen Schutzbau zu belegen. Wilhelmmann lenkte das Dynamit in das Bohrloch und Eiling hielt die anderen Sprengkörper bereit. In diesem Augenblick entzündete sich das Dynamit und verursachte eine fürchterliche Explosion. Die beiden Leute wurden dabei buchstäblich in Stücke gerissen. Ihre Leiberche hat man im Umkreise von 800 Metern zusammenzusuchen müssen. An drei Stellen klebten Teile von Knochen, Fleisch und Kleidern. Unher diesen beiden wurde noch ein Arbeiter von einem Felsblock ein Bein zerhackt. Der Maurer Eiling hinterläßt eine Frau und neun Kinder, der Schiefermeister eine Frau und vier Kinder. In dem Kriegerischen Steinbruch sind schon mehrfache Unglücksfälle vorgekommen, und man sollte darum einmal von maßgebender Stelle untersuchen, wie dort die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden.

Die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Ein Kollege, der den Verhandlungen des Reichstages über die Petition der Mühlener Bauarbeiter beizuwohnen wünscht, schreibt: Neben der sehr wirkungsvollen Rede unseres Kollegen Bönemühl ist besonders bemerkenswert, daß fast alle Redner der übrigen Parteien mehr oder weniger ihr Wohlwollen gegenüber dieser Forderung beweiarten. Nur der Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter Pauli, bekämpfte

diese arbeitervreundliche Maßnahme mit der ganzen Macht seiner Redeartikeln. Ein Redner in dieser Frage hätte zu der Überzeugung kommen können, daß Herr Pauli kein prinzipieller Gegner sei, sondern daß es ihm nur darum zu tun wäre, technisch gebildete Leute mit der Kontrolle zu betrauen. In seinem blinden Eifer verirrte er sich zuletzt jedoch darauf, daß er überhaupt nicht davon wissen wollte, weil durch eine solche Maßnahme der Mittelstand noch weiter ruiniert würde. Daß durch solche Maßnahme etwa die Berechtigung unserer Forderung um ein Härcchen herabgemindert werden könnte, glaubt Herr Pauli selbst nicht. Untersuchungen um einmal ein objektives Urteil zu gewinnen über die Berechtigung von Baukontrolleuren sind doch ungefähr folgende: 1. Darauf zu achten, daß von der Konstruktion, wie sie in der Zeichnung festgelegt ist, nicht abgewichen wird, wenigstens nicht so, daß dadurch das Bauwerk in seiner Sicherheit gefährdet würde. 2. Daß Material und Arbeitsausführung aus handwerksgerecht sind. 3. Daß die Geräte ihrer Verwendung entsprechend genügend fest und sicher gebaut sind und daß 4. die notwendigen Schutzvorrichtungen getroffen werden, die Leben und Gesundheit der Arbeiter erhalten. Nun ist also die Frage: Kann ein aus den Reihen der Arbeiter herausgenommener Mann diese Aufgaben erfüllen? Sehr wohl! Es gibt in den Reihen der Bauarbeiterkreise genügend intelligente Leute dazu. Zwei- bis dreijährige Erfahrung für die Zeichnung! Ja, wieviel Maurer besitzen dies nicht? Kollege Bönemühl führte mit Recht an, daß doch die Poliere diese Kenntnisse besitzen müßten, die doch fast ausschließlich aus den Reihen unserer Kollegen stammen. Daneben gibt es doch viele Kollegen, die zwar nicht Poliere sind, aber gleichwohl eine Zeichnung verstehen. Weiter ist der praktische Arbeiter ohne Zweifel eher im stande, zu beurteilen, ob rechte oder schlechte Arbeit geleistet wird als der technisch gebildete, der höchsten drei-jährigen praktisch gearbeitet hat. Nun zum Gerüstbau. Herr Pauli sagt, der Arbeiter keine feste statische Berechnung. Ja, zum Glück, was soll hier beim Gerüstbau die statische Berechnung? Der Zeichner muß wohl berechnen, was die Breite oder jene Neigung bei dieser Stärke oder jener Länge für eine Tragfähigkeit besitzt, aber man wird doch nicht auf jedem Bau einen Techniker hinstellen wollen, der mit Rechenbuch und Berechnungstabelle auf dem Bau herumspaziert und da angibt, wie weit ein Mauerwerk nach unten entfernt sein darf und dort, wie schwer das Gerüst beladen werden kann! Ein verständiger Arbeiter kann mit jenseitiger Sicherheit abschätzen, was man einem Gerüst zumuten darf. Wäre das nicht der Fall, so wäre wohl die Hälfte unserer Poliere hinter Gefängnismauern. Die praktische Erfahrung ist hier ein sicherer Orientierungspunkt. Die praktische Erfahrung ist ein sicherer Orientierungspunkt und der technischen Studien, denn an verfallenen Mauerwerk und zerfallenen Brettern scheitert die Wissenschaft. Lieber das Anbringen von Schutzvorrichtungen wollen wir nicht erst streiten. Das weiß der dümmste Arbeiter, wenn er der Gefahr ausgesetzt ist ein Beispiel auf den Kopf zu bekommen oder ein paar Stockwerke abzufallen. Herr Pauli ist aber irrenabel; er will lieber ein paar tausend Mark mehr anlegen für kubierte Konstrukteure. Glaubt er wirklich, die vermeintliche Namensbewandtschaft berechtigt mit den Unternehmern würde ein Mäurerungsamt sein alias Königlich Vergebung? Die ganze Streicherei ist eigentlich recht müßig. Nicht die Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft über das was notwendig ist, sondern der Wille zur Befreiung steht der Regierung. Und auch Ihnen Herr Pauli!

Baufontrollen in Friedrichroda. Im Jahre 1907 wurden drei Bauanträge vorgenommen, am 14. März, 10. April und 21. Mai. Revidiert wurden im Jahre 1907 zusammen 18 Bauten; 3 Neubauten, 1 Ausbau und 14 Einbürgergerüste (Leitgerüste). An 8 Bauten waren keine Ausführungen zu machen, Gerüste waren in 7 Fällen mangelhaft, 1 Gerüst war so schlecht, daß es umgebaut werden mußte, in 2 Fällen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften und in einem Falle war der Abort mangelhaft. Im Jahre 1908 wurden ebenfalls drei Revisionen im Mai, Juli und November vorgenommen. Die Revisionen betrafen 3 Neubauten, 2 Umbauten und 5 Einbürgergerüste. An 4 Bauten war nichts Nennenswertes zu beanstanden, in 2 Fällen war das Gerüst mangelhaft, in 3 Fällen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften, 1 Gerüst war schlecht und zu seinem Zweck zu leicht gebaut, 4 Baukontrollen wurden vorgenommen. Im Jahre 1908 sind leider 4 Neubauten gar nicht revidiert worden und kann wohl nicht behauptet werden, daß auf diesen Bauten alles in schönster Ordnung gewesen wäre. Die Baukontrollen sind im Herogäum Götha obligatorisch und besteht aus dem städtischen Bauinspektor, einem Unternehmer und einem Arbeiter. Letztere werden getrennt und auf zwei Jahre gewählt. Ein großer Fehler besteht noch darin, daß von einem Verbandsrat mit dem allerhöchsten Verbandsgang auch auf einem größeren Neubau nichts zu bemerken ist. (Sünderer dieses ist als Arbeiter an der Baukontrolle beteiligt. Nächstens ist Neuwahl.)

Bauarbeiterschutz in Jena. Die Bauarbeiterschutzkommission hat im abgelaufenen Jahre drei Baukontrollen vorgenommen. Sie umfaßten 116 Bauten, 74 Bauten wurden wiederholt revidiert. Die Kontrollen erstreckten sich auf Gerüstbau, Gerüstmaterial, Befestigung der Unfallverhütungsvorschriften, hygienischen und sanitären Vorrichtungen und fanden in Jena und Benningen statt. Der Befund der Mängel war, mit einzelnen Ausnahmen, sehr mangelhaft. An mehreren Bauten entsprachen die Mängel den Unfallverhütungsvorschriften nicht oder brüchigen diese dagegen. Auf die mangelhaften Ausführungen und das Mangelhafte der Unfallverhütungsvorschriften ist es zurückzuführen, daß sich in diesem Jahre jedwede schwere Unfälle ereignet haben. Die Unfälle waren sämtlich der Art, daß sich die Heberführung der Bretter in das Stranzenhaus richtig machte. Ein Unfall verlief tödlich. Aborte und Verbänden liefern ebenfalls viel zu wünschen übrig. Während man auf einer öffentlichen Verelle gegen Tuberkulose tibet, um das Volk vor dieser Gefahr zu warnen, steht man hier den Wald vor lauter Bäumen nicht. Die Aborte verhalten sich fogar manchmal gegen die Rücksicht. Die Verbänden kommen man manchmal von einem Gerüst oder Materialschuppen nicht unterscheiden. Verbändmaterial zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen fehlt meistens. Wäre das Verbändmaterial immer genügend zur Stelle, so blieben auch der Krankenkasse manche Unkosten erspart. Um die Baukontrollen fernerhin aus erfolgreich durchzuführen, hat die Bauarbeiterschutzkommission an die Bezirksbehörde mehrere Schreiben gerichtet, doch haben sie nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Die berechtigten Bauarbeiterschutzkommissionen des Großherzogtums Weimar haben zur Abänderung dieser Mängel

Soziales.

* Ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1908. Derselbe Dresdener Kollege, der uns im vorigen Jahre seine Aufzeichnungen (abgedruckt in Nr. 7, Jahrg. 1908) mitteilte, sandte uns auch jetzt wieder die Ergebnisse seines Haushalts ein.

Einnahme:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Verdienst des Mannes', 'Verdienst der Frau durch Aufwartung', etc.

Dieser gesamten Einnahme stand folgende jährliche und wöchentliche Ausgabe gegenüber:

A. Jahresausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists expenses for food, clothing, housing, etc.

B. Wöchentliche Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists weekly expenses for food, clothing, housing, etc.

eine Petition an das Großherzogliche Staatsministerium ein gereicht, die, wie wir hoffen, endlich eine Besserung herbeiführen wird...

* Wohnungsmarkt in Königsberg i. Pr. Bei einer Anfang Dezember 1908 vom städtischen statistischen Amt mit Hilfe der Polizei veranstalteten Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslöcher...

* Submissionen. Für die Zustandsetzung der Kirche und des Turmes in Giesee b. Bayreuth war das höchste Gebot für die Erd-, Mauer- und Steinbauarbeiten M. 23800...

Gewerkschaftliches.

* Stultkateerausperierung in Hannover. In Hannover sind die Stultkateer ausgeperert worden. Die Gesellen hatten sich gegen eine von der Innung erlassene Arbeitsordnung gewehrt...

* Steinschneiderei in Kiel. Die Steinschneiderei und Tiefbauunternehmer in Kiel hatten ihren Arbeitern einen Tarifvertrag vorgelegt...

* Der Vorschlag Ihres Herrn Gauleiters, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, ist nicht angängig; denn was beschließen die Gewerbeämter...

Dieser blödsinnige Ablehnungsgrund wurde natürlich nur an den Daaren herbeigezogen, um ja nicht die geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von dem Gewerbeamt durchkreuzen zu lassen...

* Organisation der Dienstboten. Am 17. Januar ist in Berlin der Zentralverband der Hausangestellten gegründet worden. Auf Einladung der Generalkommission hatten die Dienstbotenvereine von 14 Städten ihre Vertreter zu einer Konferenz geschickt...

Der Kollege schreibt dazu: Meine Familie besteht aus Mann, Frau und zwei noch nicht schulpflichtigen Kindern. Ich rasiere mich selbst und habe selbst eine Vordermann im Hause...

Wir können nur wiederholen, was wir zu dem Budget vom vorigen Jahre sagten, daß es die Existenzbedingungen eines Arbeiters darstellt, der zu glücklich gefühlt ist, daß er in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt...

Soziale Rechtspredigung.

* Das Recht der sofortigen Entlassung der Arbeiter, wie es in § 123 der Gewerbeordnung, Ziffer 3, umschrieben wird, ist durch eine Entscheidung des Landgerichts Raumburg in höchst gefährlicher Weise erweitert worden...

lassen ließ, er möchte sich um seinen Bau bestimmen, die Mauerer faulenzten dort umher, entließ er sie ohne Einhalten der unbestritten gültigen vierzehntägigen Kündigungsfrist...

Dies Urteil kann unseres Erachtens sowohl in subjektiver wie in objektiver Beziehung der Kritik nicht stand halten. Nehmen wir die subjektive Seite der Streitfrage, als die minder wichtige, zunächst vor...

Und nun die andere Seite der Frage. Das erkennende Gericht hat unseres Erachtens die Ziffer 3 des § 123 der Gewerbeordnung ganz ungerichtet angewendet. Der kritische Begriff ist die beherrschende Weigerung...

Polizei und Gerichte.

* Geleimtes Demuziantenpaar. Am 20. Juli d. J. wurde auf dem Wege von Spandorf nach Bonn ein Modelleur Owers, der während des Plattenlegerstreiks als Plattenleger arbeitete, von mehreren Personen, die sich angeblich im Geschäft verhielt hatten, überfallen und blutiggeschlagen...

Bestimmtheit angeben, daß der, der sich bei dem Ueberfalle das Gesicht mit Papier befecht hatte, der Plattenleger Röder gewesen wäre. Auf dieses Schreiben bin ging die Staatsanwaltschaft gegen den Kollegen Röder vor. Die Hauptverhandlung fand am 12. Januar statt. Ders sagte unter Eid aus, er habe den Kollegen Röder genau wiedererkannt, obgleich er sich das Gesicht mit Papier befecht hätte. Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß dies doch kaum glaublich und um so unglaublicher sei, da der Zeuge Ders den Angefallenen Röder von früher her gar nicht kenne, berichtete er seine Angaben dahin, daß er den Kollegen Röder 14 Tage später auf dem Bahnhof an seinem grünen Anzug wiedererkannt hätte, wo- er von Röder mit den Worten bedroht worden sei: „Wenn Du vor Gericht beschwörst, ich hätte Dich überfallen, schlage ich Dich verartig, daß Du so länger ins Krankenhaus kommst als ich ins Gefängnis!“ Wegen weiterer angeblicher Bedrohungen hatte Ders auch noch eine Nebenklage gegen den Kollegen Röder angestrengt, wofür er das Geld für den ihn vertretenden Rechtsanwalt von dem gesperrten Zinsausbehalten Kurbaum geliefert haben soll. Aber die vereinten Bemühungen der ganzen Kurbaumschen Kolonie, die vollständig amiefend war, weiterten völlig. Bei den vielen Widersprüchen des Zeugen Ders betonte der Staatsanwalt, er müsse annehmen, daß Ders zum allermindesten einen fahrlässigen Meineid geschworen habe. Er beantragte deshalb, den angefallenen Röder freizusprechen und dem Ders die gesamten Kosten aufzuerlegen; auf die Forderung Jütlich und Odehoven verzichtete er. Das Gericht nahm jedoch den Antrag des Vertreters des Nebenklägers an, auch die Zeugen zu verurteilen. Zeuge Jütlich sagte nach seiner Verteidigung: Drei Tage vor dem Ueberfalle hätte der angefallene Röder in der Vernehmung geäußert: „Wenn man bei diesen Streiftreibern mit guten Worten zu keinem Resultat kommt, so muß man sich das Gesicht mit Papier befechten und dann diese Kunden ordentlich durchschauen.“ Ob es aber Röder gewesen sei, der es dann getan habe, könne er nicht sagen. Der als Kläger bekannte Streiftreiber Odehoven erzählte: Am dem Morgen des Ueberfalls wurde mir im Streifenlokal von mehreren Plattenlegern, worunter sich auch Röder befand, erzählt, sie kamen gerade von Berge und hätten den Ders durchgeprügelt. Röder hätte persönlich bemerkt: „Ich gehe jetzt nach Hause und siehe mich um, damit ich mein Bild nicht nachweisen kann.“ Aber auch diese geschäftigen Aussagen konnten den Staatsanwalt von der Schuld des Kollegen Röder nicht überzeugen und er wiederholte seinen Antrag. Der Vertreter des Nebenklägers plaidierte für eine strenge Verurteilung und weil der Angefallene Röder bereits wegen des vorjährigen Streifs zweimal bestraft worden sei, darunter einmal mit drei Monaten Gefängnis; für Verurteilung mildere Umstände. (Kollege Röder hat am 22. Dezember 1908 wegen einer Forderung der Monate Gefängnis erhalten.) Der Vertreter des Angefallenen, Herr Rechtsanwalt Sperling, betonte in seiner Verteidigung die Gefährlichkeit der einzelnen Zeugen und beantragte Freisprechung. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der Angefallene Röder wird freigesprochen; die Forderungen der Nebenklage werden dem Kläger Ders anerkant. Die letzten Gefährder der Kolonie Kurbaum kann sich jeder leicht vorstellen. Ob Kurbaum auch diesmal mit seinem Plattenlegerausdruck bis 12 Uhr nachts im Café Habbhorn geblieben hat, wissen wir nicht. Bei Ders kam das Sprichwort so recht zur Strafe immerfort auf Donner Blatt: „Tönte es doch auf der Straße immerfort auf Donner Blatt: Tönte es doch auf der Straße immerfort auf Donner Blatt.“ Die Kosten betragen auf Ders auf M. 60. Wir möchten sämtliche Kollegen ersuchen, sich die Namen Odehoven und Jütlich zu merken. Denn solche Menschen, die sich erst zehn Wochen lang unterdrücken lassen und dann obenrein zu sich selbst verlogenen Denunzianten werden, verdienen beachtet zu werden.

Verschiedenes.

* An die neuergewählten Schriftführer müssen wir notgedrungen wieder einige Ermahnungen richten. Wer auftragsgemäß an den „Grundstein“ zu berichten hat, soll das gleich tun. Wenn eine Versammlung z. B. am 10. getagt hat, dann soll man nicht, wie das so oft geschieht, mit dem Bericht bis zum 17. oder 20. warten, sondern man soll sich, wenn auch nicht unmittelbar nach Schluß der Versammlung, so doch aber anderen Tags hinsetzen und schreiben, was sich wichtiges zgetragen hat. Die Ereignisse hatten dann noch frisch im Gedächtnis und das erleichtert die Arbeit ungemein. Dasselbe gilt natürlich auch von Lohnbewegungen. Unfällen, Gerichtsverhandlungen usw. Die schnelle Berichterstattung liegt also im Interesse des Zweigvereins selbst. Es ist doch natürlich, wenn wir am Schluß des Monats von Ereignissen im Verbandesberichten berichten müssen, die sich im Anfange des Monats zgetragen haben. Darum immer gleich die Feder angefaßt! Bei der Berichterstattung trachte man danach, der überlasteten Redaktion die Arbeit zu erleichtern. Wie das am besten geschieht, wollen wir in einigen Punkten wenigstens erläutern. Man nehme ein handelsübliches Papierformat, am besten von der überall käuflichen Größe 14 x 20, also von der Größe, wie sie ungefähr ein nicht zu großes Reibeblech hat, nebst dazu passenden Umschlagen, so daß man die einzelnen Blätter nur einmal zu falzen braucht. Zwischen den einzelnen Heften lasse man wenigstens einen Zentimeter Abstand und am linken Rande lasse man 2 Zentimeter für Korrekturen frei. Material muß auch deutlich geschrieben werden, und zwar alles, besonders aber Namen und Zahlen. Dann kurze man nichts ab; im „Grundstein“ gibt es keine Abkürzungen wie „Koll.“, „Ver.“, „u.“, die Wörter werden vollständig gesetzt und darum müssen sie auch vollständig geschrieben werden. Unterstrichungen lasse man am liebsten ganz; wo das sachlich notwendig sein sollte, werden wir es schon zeigen. Sodann beschreibe man nie beide Seiten des Papiers; es ist eigentlich wunderbar, daß man das immer wieder sagen muß. Die beidseitig beschriebenen Einwendungen der letzten Wochen haben wir, weil sie von neuen Schriftführern stammen, noch bearbeitet; in Zukunft werden solche Bezichte jedoch wie früher ohne Rücksicht verworfen werden. Bei der Abendung achte man auf die richtige Adresse (einige Orte richten ihre Briefe konsequent an die Druckerei von

Auer & Co., wodurch sich ihre Erledigung um zwei Tage verzögert), richte den Brief an die Redaktion des „Grundstein“ und nicht an den Redakteur oder Verleger, und frantisiere richtig. Für 10 S. kann man nicht mehr als fünf Blatt von der angegebenen Papiergröße der Zweigvereine Die Verfasser der Jahresberichte der Zweigvereine bitten wir noch, die detaillierten Angaben über das Kasseneingehalten wegzulassen; es muß doch genügen, wenn Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand, Entriebe, Beiträge angeführt werden. Die Einzelzahlen müssen die Mitglieder des Zweigvereins kennen, aber im „Grundstein“ sucht und wünscht sie keiner, nur der Verfasser. Dasselbe beobachte man hinsichtlich der Posten, und Ausgaben. Was sollen die Kollegen in Königsberg daran lesen, wieviel Postkarten, Briefe usw. der Zweigverein Freiburg erhalten und abgehandelt hat? Damit sei diese lästige, aber notwendige Epistel geschlossen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 17 des 25. Jahrgangs. Preis 25 S.

Briefkasten.

Glogau, S. R. Die Vierte ist bis zum 1. April zu zahlen, wenn der Mietvertrag bis dahin läuft; daran wird durch den Todesfall nichts geändert.

G. S., Altona. Der Altonaer Fachverein der Maurer ist am 19. März 1888 durch Urteil des Schöffengerichts geschlossen worden. Die höheren Instanzen haben das Urteil bestätigt.

40 N. W. Das Statut der Kasse befragt, daß die Unterstützung — das heißt auch die ärztliche Behandlung — auf 13 Wochen beschränkt wird, wenn der Unterstützungsberechtigte ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von 12 Monaten für mindestens 26 Wochen Unterstützung erhalten hat und wenn dem n. u. n. Unterstützungsfalle die Ursache eine Krankheitsursache zu Grunde liegt. Da das letztere nach Dinen Angaben nicht zutrifft, hätte ich zu auch nicht die Beschränkung zu erlauben.

Fribben. Eine Versammlungsanzeige für den 24. Januar kann man doch nicht erst am 20. abenden. Freyburg. Derartige Anzeigen nehmen wir nicht auf. Wof a. Führ., R. S. Sterbeanzeigen kosten die Zeile 15 S.; danach kommt zu den Preis selbst berechnen.

Targau, W. F. Die Versammlungsanzeige können wir nicht aufnehmen, weil sie nicht angibt, an welchem Abendstage die Versammlung abgehalten werden soll. Zu Gedankenletern haben wir uns wirklich noch nicht entwickelt.

Spinkauerdorf, S. 2. Auskünfte technischer Art erteilen wir in der Regel nicht; im übrigen können wir nicht versprechen, was mit Vererbung auf Holzland gemeint sein soll.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbefafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 S.)

Dresden. Am 17. Januar starb unser Verbandskollege August Berger im Alter von 57 Jahren an Herzschwäche.

Ueckau. Am 20. Januar starb unser Verbandskollege Hermann Kindischer im Alter von 59 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Ludowig. Am 14. Januar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treues Mitglied Gustav Lehmann an Lungenentzündung.

Ostberg. Am 19. Januar starb unser langjähriges Ehrenmitglied Carl Sannemann im Alter von 77 Jahren. Wir verlieren in ihm wiederum ein treues Mitglied.

Luedinburg. Am 19. Januar starb unser Kollege Wilhelm Sasse im Alter von 86 Jahren an Lungenentzündung und Herzschwäche.

Teterow. Am 18. Januar starb unser Verbandskollege Fritz Lehmbeker im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs.

Tilfit. Am 10. Januar ist unser treues Mitglied Otto Dietrich wegen Nahrungsforgen freiwillig aus dem Leben geschieden.

Trebitz. Am 18. Januar starb unser treuer Verbandskollege Ernst Nützel an Verbrennung. Bei einem Borneuchel mit einem Arbeiter nach ihm dieser mit einem bei der Arbeit gebrauchten Vorsetzen nach dem Kopf, wobei er ihm die Schlagader an der rechten Halsseite durchstieß.

Wilhelmshaven. Am 19. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandsmitglied Heinrich Wilms im Alter von 60 Jahren an Magenkrebs.

Wof a. Führ. Am 22. Januar starb nach kurzer, schwerem Leiden unser Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle Hans Steffen im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Jürgen Rosenboom, geboren zu Schierum bei Aurich, wird geteilt, seine Adresse an **Joh. Müller** in Brake i. Oldb., Dungenstr. 180, mitzuteilen. [M. 120] Zweigverein Brake.

Halle a. d. S.

Allen Bewerbern um die Stelle des Botenangelegten auf diesem Wege besten Dank für ihre Bemühungen; die Stelle ist besetzt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Hermann Bargsten, geboren in Altkloster bei Witzhude, wird geteilt, seine Adresse an den hiesigen Zweigverein gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine Arbeitslohnklage. Alle Kollegen, die den Aufenthalt des Kollegen Bargsten kennen, werden ersucht, uns Nachricht zu geben. [M. 1,80] Zweigverein Bremerhaven.

Friedrich Glockmeyer, geboren am 7. Mai 1855 zu Lörven, wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder Carl Glockmeyer, Zimmerer zu Lörven, einzufenden. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, uns denselben mitzuteilen. [M. 1,50] Zweigverein Dessau.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Maurers **Wilhelm Herberich** aus Ruhrtorf bekannt ist, werden ersucht, dessen Adresse an das Zweigvereinsbüro zu Oberhausen, Westestr. 70, gelangen zu lassen. [M. 1,80] Zweigverein Mülheim-Oberhausen.

Kolzig.

Sonntag, den 6. Februar, abends 7 Uhr: * **Stiftungsfest** * in Lokale von Fabianke, Grünwald, bestehend in **Ball und humoristischen Vorträgen**. Die Kollegen von Kolzig und Umgebung werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8] Das Komitee.

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Bezirksleiter, K Kassierer, L Vertreterlokal, H Helfer, Auhort. Das Bureau befindet sich vom 1. Februar an: Duisburg-Weed, Feldstr. 10, pl.)

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonntag, den 31. Januar.**
Hellsbronn. Nachm. 5 Uhr Generalsversammlung im Vereinslokal. L.-D.: Kassierersabrechnung, Jahresbericht, Neuwahl, Verschleßenes.
Lychen. Nachm. 5 Uhr bei H. Wall. L.-D.: Abrechnung, Verschleßenes.
Neugersdorf i. S. Nachm. 8 Uhr Generalsversammlung im Restaurant „Zum Neugersdorf i. S. Rühlbaum“. L.-D.: Jahresbericht, Neuwahlen des Gesamtvorstandes, Höhe und Vertiefungsveränderung, Vereinsangelegenheiten.
Templin. Nachm. 5 Uhr im Lokale des Herrn Adolf Krolla, „Kaffeehof“.
Mittwoch, den 3. Februar.
Berlin. Bezirk S d v e. Abends 8 Uhr bei Habel, Bergmannstraße 6-7. L.-D.: Jahresbericht des Dismanns und Kassierers, Neuwahl der Bierleitung, Verschleßene für die hiesigen Ortsverwaltung. Die besonders eingeladen.
Guben. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung.
Rastenburg. Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung sehr wichtig. Verbandsbuch mitzubringen.
Wittenberg. Abends 6 Uhr Generalsversammlung. L.-D.: Vorstandswahl.

Donnerstag, den 4. Februar.

- Spandau.** Abends 8 Uhr bei Feilz Böde, Havelstr. 30. Wichtige Tagesordnung.
Freitag, den 5. Februar.
Berlin. Gruppe Radiburger und Färger. Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. L.-D.: Vorstandswahl.

Sonntag, den 7. Februar.

- Grossenhain.** Nachm. 5 Uhr bei Ernst Wilschke. Tagesordnung wichtig.
Langenwelzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.
Memmelsdorf. Nachm. 5 Uhr Generalsversammlung. L.-D.: Eingänge, Jahresbericht, Wahl des Gesamtvorstandes, Wahl des Zweigvereinsvorstandes und des Lokalbeamten. Verschleßenes, Bücher sind mitzubringen.
Prießus. Vorm. 9½ Uhr im Vereinslokal bei Feilzsch in Prießus.
Wiltstock. Nachm. 4 Uhr in der Herberge bei Carl Müller. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Verschleßenes.

Steinholzieger.

- Mittwoch, den 3. Februar.**
Berlin. Abends 9¼ Uhr bei Frankh, Dragonerstr. 16. L.-D.: Vortrag. Verbandsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.

Zentralrankenliste der Maurer usw.

- Sonntag, den 31. Januar.**
Charlottenburg. Vorm. 9¼ Uhr im Volkshaus, Köpenicker Str. 3. L.-D.: Abrechnung, Jahresbericht, Neuwahl der hiesigen Verwaltung.
Dresden. Nachm. 3 Uhr im Volkshaus, Str. 111. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Wahl des Vorstandes, Verschleßenes.
Rixdorf. Vorm. 10 Uhr bei Zühl, Bergstr. 101. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Jahresbericht, Wahl der hiesigen Verwaltung, Verschleßenes.
Schkeuditz. Nachm. 8¼ Uhr im Sichelwälders Restaurant. L.-D.: Jahresbericht und Geschäftsbericht.

Sonntag, den 14. Februar.

- Berlin.** Vorm. 10 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. L.-D.: Kassierbericht vom vierten Quartal und Jahresbericht. Die Antwort des Verbands an die hiesigen Verbandskollegen. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Stellvertreters legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.